

Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Erneuerung und Abwehr

Evangelische Zweimonatsschrift

Ausgabe Nr. **5/2004** (Sept./Okt. 2004)
39. Jahrgang – E 3644

Schwerpunktthema:

Europa ohne Gott

Aus dem Inhalt:

Hans Thomas: **Schuld als Kult**
Jürgen-B. Klautke: **Die Euthanasie-Debatte**
Schuzh e.V.: **Die Heimschul-Bewegung**
Studentagung über medizinische Ethik

Inhalt

Liebe Leser: Europa ohne Gott	3
Helmut Matthies: Warum die Mehrheit der Deutschen dieses Europa nicht will	4
Das geistliche Wort: Die Toren sprechen: „Es ist kein Gott“	6
Lothar Gassmann: „Liebe, Geschwisterlichkeit, Welteinheit.“ Als Augenzeuge beim Europatag	7
Hans Thomas: Schuld als Kult. Vom Abgründigen im deutschen Gutmenschen	13
Neues im „Fall Hohmann“	25
Aktion „Die Wende“: Die deutsche Faschismuskeule	26
Das aktuelle Stichwort: Walter Künne	29
Auf den PUNKT gebracht	31
Jürgen-Burkhard Klautke: Ethische Orientierung in der aktuellen Euthanasie-Debatte. 2. Teil	39
Schuzh e.V.: Wenn Kinder zu Hause zur Schule gehen...	54
Lothar und Anna Gassmann: Kirchen und Christen in Lettland	59
Rezension: H. Nawratil: Der Kult mit der Schuld (K. Thimm) ...	62
Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Renten der früheren DDR-Funktionäre	65
Studientagung	66
In eigener Sache: Hinweis an unsere Freunde und Leser	67

Europa ohne Gott

Liebe Leser!

Der Chefredakteur des IDEA-Pressedienstes, Helmut Matthies, drückt es in seinem nach der Europawahl im Juni 2004 verfaßten Artikel deutlich aus: **Die Mehrheit der Deutschen – und (ich ergänze) auch der Angehörigen anderer Völker – will dieses Europa nicht.** Zu vieles liegt hier im Argen – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch und religiös. Deutlichstes Beispiel ist die Tatsache, daß es trotz vielfacher Proteste nicht möglich war, den Gottesbezug in die europäische Verfassung zu bringen. Laut Beschluß der Staats- und Regierungschefs Europas vom 18. Juni 2004 ist in der künftigen europäischen Verfassung lediglich schwammig vom „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe“ Europas die Rede. IDEA titelte: „**Die EU will sich nicht vor Gott verantworten.**“¹

Mit dem Verzicht auf den Gottesbezug fehlt Europa aber das wichtigste, nämlich sein Fundament. Andererseits stellt sich freilich die Frage, ob Gott und Europa nicht Unvereinbares beinhalten. Handelt es sich bei „Europa“ – (sprach-)geschichtlich gesehen – ursprünglich doch wohl um eine phönizische Königstochter, die vom heidnisch-griechischen „Göttervater“ Zeus – als Stier verkleidet – entführt und vergewaltigt wurde. Etliche Ausleger der Heiligen Schrift bringen diese Frau auf dem Stier sogar in Verbindung mit der **Frau auf dem Tier** gemäß Offenbarung 17 und 18 – und diese repräsentiert nichts anderes als das endzeitliche Babylon!

Auch wenn man nicht so weit gehen möchte, so wirft die europäische – und als weitere Konsequenz auch weltweite! – Einigung doch zahlreiche Fragen auf, die tatsächlich eine **antichristliche Dimension** erahnen lassen. Erinnerung sei nur an die bereits in der Schublade befindlichen „Antidiskriminierungsgesetze“ (wir berichteten darüber) mit der Folge einer sich ankündigenden Christenverfolgung in Europa. Erinnerung sei auch an den Abbau sämtlicher religiöser Unterschiede zugunsten einer falsch verstandenen „Liebe“ ohne Wahrheit, wie sie beim Stuttgarter Europatag am 8. Mai 2004 zutage trat (siehe hierzu den ausführlichen Augenzeugenbericht in dieser Ausgabe).

Während einerseits also – ohne Rücksicht auf den Volkswillen – von oben her am europäischen und weltweiten Haus gestrickt wird, geistert auf der anderen Seite immer noch **das Bild vom „bösen Deutschen“** durch die Lande. Hans Thomas und Klaus Thimm stellen in ihren Bei-

¹ IDEA-Spektrum Nr. 26/2004, S. 6.
Erneuerung und Abwehr 5/2004

trügen über die „Schuld als Kult“ die Frage, woher das kommt und wie lange noch – nun bereits fast 60 Jahre nach Kriegsende! – das so bleiben soll. Neuestes Beispiel für diese Hetze ist der Bundestagsabgeordnete **Martin Hohmann**, der zwar inzwischen per Gerichtsentscheid vom Antisemitismus-Vorwurf freigesprochen wurde, den seine Partei aber nichtsdestotrotz vor die Tür gesetzt hat. Wir dokumentieren die neueste Entwicklung im „Fall Hohmann“ durch den Abdruck seiner jüngsten Presseerklärungen. Weitere Stellungnahmen und Ausführungen, insbesondere über das im gottlosen Europa immer bedrohlicher auf uns zukommende Thema „**Euthanasie**“, runden diese Ausgabe ab.

An dieser Stelle möchten wir unseren Lesern herzlich danken für die überaus positive Aufnahme der letzten Nummern. Es gab – neben einzelnen Abbestellungen – so viele Neubestellungen und Mitteilungen von Adressen interessierter Personen, daß sich die **Auflagenhöhe seit Jahresbeginn nahezu verdoppelt** hat. Mit der Auflagenhöhe sind freilich auch die Druck- und Versandkosten gestiegen. Wir danken Ihnen, wenn Sie durch großzügige Spenden mithelfen, daß ein kostenloser Versand von E+A weiterhin möglich bleibt.

*Gottes Segen wünscht
Ihr Lothar Gassmann*

Helmut Matthies

Warum die Mehrheit der Deutschen dieses Europa nicht will

Daß sich fast 60% der Deutschen nicht an den Wahlen zum neuen Parlament beteiligten, zeigt, daß sie diese Art von Europa nicht wollen. Es ist ihnen derart fern, daß sie sich nicht einmal die Mühe machen, einer europakritischen Partei die Stimme zu geben. Und ist das nicht sogar verständlich? Abgesehen davon, wie man es von der Sache her beurteilt: *Da war eine Mehrheit der Bürger gegen den Euro. Trotzdem wurde er eingeführt. Da war eine Mehrheit der Bürger gegen die EU-Ost-Erweiterung. Trotzdem wurde sie durchgesetzt. Als nach der Entscheidung von vier Staaten, das Volk über die neue EU-Verfassung abstimmen zu lassen, sich auch in Deutschland die Frage erhob, ob man nicht bei einem grundlegenden Dokument so verfahren müsse, lautete die Antwort weithin Nein. Und noch wenige Tage vor der Wahl wurde den Bürgern besonders drastisch demonstriert, wie wenig Politiker sich um deren Meinung scheren. Trotz*

100.000-fachen Protestes gegen die neue Rechtschreibung erklärten die Kultusminister einstimmig, die Reform trete in Kraft. Darf man sich da noch wundern über die immer weiter zunehmende Kluft zwischen Regierenden und Regierten?

Dabei bedeutet das alles nicht, daß die Deutschen politisch weniger interessiert wären als vor 10 Jahren. Eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung ergab jetzt vielmehr: Sie reagieren nur anders. Sie setzen es als bewußte Strategie ein, gar nicht zu wählen. Und hier berührt merkwürdig, daß CDU/CSU trotz des Verlustes von 4,2% der Stimmen gegenüber der Europawahl 1999 geradezu euphorisch von ihrem „großartigen“ Wahlergebnis sprechen. Denn die CSU hat fast 500.000 und die CDU mehr als 1,2 Millionen Stimmen weniger erhalten. Offensichtlich sind CDU und CSU seit Jahren derart im Siegesrausch, daß sie meinen, sich nicht mehr um ihre jahrzehntelang treuesten Stammwähler bemühen zu müssen: die Mehrheit der Katholiken und der theologisch konservativen Protestanten: der Evangelikalen. Ihre Anliegen in Sachen Familie (Muttersein als Beruf), Abtreibungsverbot usw. werden nicht einmal mehr diskutiert. Ähnliches jetzt für die prinzipiell konservative Klientel. Es sollte zu denken geben, daß im Wahlkreis Fulda fast viermal so viele Bürger nicht zur Wahl gingen als im Bundesdurchschnitt. Es ist der Bundestagswahlkreis des engagierten Christen Martin Hohmann, der nach seinem Ausschluß aus der Bundestagsfraktion nun auch aus der CDU verbannt werden soll (inzwischen ist dies geschehen; Schriftltg.), obwohl die Staatsanwaltschaft festgestellt hat, daß er keine antisemitische Rede gehalten hat.

Erfreuliches kommt dagegen aus den Niederlanden. Dort berichteten alle Zeitungen vom Wahlsieg des „mutigsten Buchhalters Europas“: Paul von Buitenen. Er hatte Ende 1999 Betrug und Korruption in der EU-Regierung aufgedeckt und für ihren Rücktritt gesorgt. Danach wurde er in Brüssel geschnitten. Doch der Holländer resignierte nicht, sondern gründete - nachdem leider keine der etablierten Parteien ihn aufstellen wollte - eine eigene Partei und erhielt auf Anhieb 7,3%. Was freilich in keiner Zeitung stand, ist, daß dieser neue Europaabgeordnete ein evangelikaler Christ ist. Was Christen jetzt tun sollten, ist, den neu gewählten Abgeordneten zu schreiben, was sie sich von ihnen wünschen, daß sie sich für ihre Arbeit - ob sie es nun glauben oder nicht - einmal vor Gott verantworten müssen, und daß es Christen gibt, die für sie beten. (Aus IDEA-Spektrum Nr. 25/2004; mit freundl. Genehmigung. d. Verf.)

Das geistliche Wort:
**"Die Tore sprechen in ihrem Herzen:
'Es ist kein Gott'."**

Psalm 53,1

Der Atheismus sagt: Es gibt keinen Gott. Ludwig Feuerbach, ein deutscher Philosoph des 19. Jahrhunderts, behauptete, Gott sei nichts anderes als eine Projektion menschlicher Vorstellungen. Der Mensch wünsche sich Vollkommenheit und Größe - und da er diese nicht besitze, projiziere er sie an den Himmel und sage: Das ist nun Gott.

Karl Marx knüpfte daran an und bezeichnete Religion als Opium für das Volk, mit dem Menschen in Abhängigkeit von der herrschenden Klasse gehalten werden könnten.

Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse, sprach von Gott als von einer kollektiven Neurose der Menschheit. Der Mensch bilde sich Gott nur ein, dies sei ein krankhafter Zustand.

Friedrich Nietzsche, der Gottesgegner, der im geistigen Wahnsinn endete, verkündete anstelle von Gott, der tot sei, den Übermenschen, der sich aus allen Fesseln religiöser Versklavung löse und der Erde treu bleibe.

Diese Denker haben *nicht* Recht, denn es gilt:

1. Gott selbst hat sich geoffenbart: in der Schöpfung, in der Geschichte, im Gewissen und in seinem Sohn Jesus Christus. Dies läßt sich nicht bestreiten, wenn man offene Augen hat.

2. Auch in der philosophischen Tradition gibt es Gottesbeweise; die durchaus schlüssig sind. Der Philosoph Immanuel Kant, der die klassischen Gottesbeweise kritisierte, ließ doch den moralischen Gottesbeweis gelten. Er sagte, daß "der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gewissen in mir" darauf hinweisen, daß es einen Gott und Schöpfer gibt.

3. Bei der Leugnung der Existenz Gottes setzt sich der Leugner selbst an Gottes Stelle und macht sich selbst zum "Gott". Und warum? Weil der Mensch behauptet, daß er allwissend sei, indem er sagt, daß es keinen Gott gibt. Nur wenn ich mich aber über etwas stelle, kann ich darüber so reden. So ist es nur folgerichtig (aber trotzdem falsch), wenn Nietzsche von der Leugnung Gottes zur Selbstvergottung des Menschen übergeht.

Die meisten Menschen, die heute vor Gott davonlaufen, tun dies übrigens nicht wegen der „Denkunmöglichkeit“ Gottes, sondern weil sie ihr Leben nicht ändern wollen. Mögen doch auch sie erkennen, daß sie in Wahrheit in der Gefangenschaft Satans und ihrer Sünde stecken. Mögen sie zur wahren Freiheit und Freude in Jesus Christus finden. LG

Lothar Gassmann

„Liebe, Geschwisterlichkeit, Welteinheit“

Als Augenzeuge beim Europatag in Stuttgart

„Knüpfen Sie weiter an diesem Netzwerk der Einheit. Es wird uns weiterbringen. Wir brauchen ein erneuertes Pfingsten.“ Diesen Appell richtete der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper, an die rund 10.000 versammelten Teilnehmer der Großveranstaltung „Miteinander für Europa“ am 8. Mai 2004 in der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle. Über 100.000 weitere Zuschauer in rund 150 Städten Europas waren über Satellit zugeschaltet, dazu mindestens 25 Fernsehstationen. Der Wille zur Einheit bei den Teilnehmern, die aus rund 175 Gemeinschaften innerhalb unterschiedlicher Kirchen und aus verschiedenen geistlichen Traditionen kamen, war beeindruckend. Die Umarmungen am Ende der Veranstaltung zwischen den meisten Teilnehmern und rund 50 Bischöfen aus katholischen, orthodoxen, anglikanischen und evangelischen Kirchen waren bewegend. Und doch bleibt die Frage, um was für eine Art von Einheit es sich handelt und ob diese mit den eindeutigen Aussagen der Heiligen Schrift übereinstimmt. Ist es wirklich die Einheit, die Jesus Christus in seinem in Stuttgart immer wieder zitierten Gebet in Johannes 17 gewollt hat - oder ist es eine Einheit ohne Wahrheit, die ins Antichristliche mündet? Hierzu zunächst eine inhaltliche Zusammenfassung der Veranstaltung, der ich als Augenzeuge vor Ort beiwohnte.

Die Hauptredner: Von interreligiös bis evangelikal

Der 8. Mai wurde als Tag der Veranstaltung gewählt, da er an das Ende des 2. Weltkrieges erinnert. Stuttgart wurde als Ort ausgesucht, da in dieser Stadt 1945 das Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche angesichts des Versagens im Dritten Reich veröffentlicht wurde. Hauptreferenten der Veranstaltung waren Friedrich Aschoff, Vorsitzender der charismatischen Geistlichen Gemeindeerneuerung, Chiara Lubich, Gründerin der katholisch-interreligiösen Fokolar-Bewegung,

Andrea Riccardi, Gründer der katholisch-interreligiösen Gemeinschaft Sant Egidio, Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission, sowie Ulrich Parzany, CVJM-Generalsekretär, ProChrist-Redner und Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschen Evangelischen Allianz. Mit Ausnahme von Parzany folgten die anderen Redner in ihren Referaten im Wesentlichen folgendem Aufbau:

Alle Grenzen sollen fallen

In Europa soll es nie mehr Krieg geben, deshalb sollen sich die Grenzen aufheben. Versöhnung und Geschwisterlichkeit sollen gepredigt werden. Es sei der Heilige Geist, der die Grenzen zwischen den Konfessionen, den Kulturen und auch zwischen Klerus und Laien überwinde; dabei spiele die Pfingst- und Charismatische Bewegung eine besondere Rolle: „Christen aller Kulturen verstehen sich, wenn Gott seine Gaben, die Charismen freisetzt“ (Aschoff).

Das europäische Haus soll wachsen. Es soll aber nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum sein, sondern auch eine „Seele“ haben, die ihm durch die christliche Tradition vermittelt werden könne (so Papst Johannes Paul II. in seiner in Stuttgart verlesenen Grußbotschaft). Der baden-württembergische Ministerpräsident und Schirmherr des Europatages, der Katholik Erwin Teufel, nannte denn auch „drei Säulen“, auf denen Europa ruhe: die griechische Kultur und Philosophie, das römische Recht und der Eingottglaube der jüdisch-christlichen Tradition. Auch EU-Kommissionspräsident Prodi betonte: „Um europäischer Bürger zu sein, darf der Glaube nicht ausgeklammert werden“, beschränkte sich dann allerdings auf die „kulturellen Wurzeln“, die das Christentum dem entstehenden Europa vermittele. Auffallend war, daß er in Bezug auf das europäische Parlament bereits von einer „übernationalen Regierung“ sprach, die sich folglich in Vorbereitung befindet.

Vom vereinten Europa zur vereinten Welt

Immer wieder - besonders in den Referaten von Chiara Lubich und Andrea Riccardi - wurde denn auch deutlich, daß das vereinte Europa nur die Vorstufe zur einen Welt mit der vereinigten Menschheitsfamilie darstellt.

„Wir vertreten den Leitgedanken der weltweiten Geschwisterlichkeit - die Einheit der Menschheitsfamilie" (Lubich), das „Weltbürgertum" (Riccardi).

Bei ihrem Leitgedanken der „Geschwisterlichkeit" berief sich Lubich auf Jesus, zugleich aber auf Mahatma Gandhi und das Motto der Französischen Revolution („Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit"). Als Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, betonte sie immer wieder „die Liebe Jesu": „Die Liebe, die er uns bringt, führt uns dazu, alle Menschen zu lieben ... den Angehörigen der eigenen Kirche oder Religion wie die der anderen". So veranstaltet etwa die von Riccardi ins Leben gerufene Gemeinschaft St. Egidio immer wieder „Friedensgebete der Weltreligionen", beispielsweise im Jahre 2003 im Aachener Dom.

„Diese Liebe schließt niemanden aus"

Die in Stuttgart propagierte Einheit bezieht also explizit auch „Offenheit für alle Menschen anderer Kulturen und religiöser Traditionen" ein (so wörtlich in der abschließend veröffentlichten Botschaft „Miteinander für Europa"). Und weiter heißt es in dieser „Botschaft": „Die Charismen, Gaben die Gott schenkt, haben uns auf den Weg der Geschwisterlichkeit geführt. In ihr sehen wir die eigentliche Berufung Europas: Geschwisterlichkeit bedeutet ein Leben aus jener Liebe, die im Evangelium verkündet wird. Diese Liebe schließt niemanden aus." Die Botschaft endet mit folgender Selbstverpflichtung der Teilnehmer: „Wir, die wir hier in Stuttgart und an mehr als 150 Orten europaweit miteinander verbunden sind, wollen gemeinsam mit allen Menschen guten Willens arbeiten für ein Europa der Liebe und der Geschwisterlichkeit, für ein Europa, das seine Verantwortung wahrnimmt und sich als Teil der Weltgemeinschaft begreift."

Ulrich Parzany ohne Berührungängste

Viele Evangelikale - so auch der Verfasser dieser Zeilen - waren überrascht, ja schockiert, daß Ulrich Parzany als führender Evangelikaler an einer so breit gefächerten Veranstaltung federführend mitwirken konnte, die sich kaum noch von Konferenzen des Ökumenischen Rates der Kirchen (dessen Präsident ein Grußwort übermittelte) unterscheidet. Hatte er nicht erst in den 90er-Jahren ein Buch verfasst mit dem Titel „Jesus - der einzige Weg“ - und jetzt trat er mit Veranstaltern gemeinsam auf, die zum Teil sogar eine interreligiöse Ökumene gutheißen und fördern?! Immerhin bekannte er sich in seinem Referat „Europa braucht Christus“ - im Unterschied zu anderen Rednern - klar zu Jesus Christus (gleichzeitig freilich auch zu Europa!) und betonte unter großem Applaus: „Europa braucht den gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus, wenn es eine menschliche Zukunft haben will ... Ich beklage, daß Gott nicht einmal in der Präambel der Europäischen Verfassung Platz gefunden hat, sondern stattdessen die 'Geltung der Vernunft' zum Maß erhoben wurde.“ Und doch wirkte sein Referat inmitten des Übergewichts der für interreligiöse Ökumene offenen Initiativen wie ein Fremdkörper. Das Schlußprogramm mit der „großen Verbrüderung“ zwischen den Konfessionen auf der Bühne der Schleyer-Halle zeigte allerdings augenfällig, daß Parzany diesbezüglich keinerlei Berührungängste mehr hatte.

Wer alles den Europatag unterstützt

Das trifft auch auf eine große Zahl weiterer Bewegungen (insgesamt über 175) zu, die sich in der Schleyer-Halle vorstellten oder als Unterstützer im Magazin „Miteinander für Europa“ (verteilt am Tag der Veranstaltung) aufgeführt sind. Als bekannteste seien nur genannt:

Adoramus-Gemeinschaft, Akademie für christliche Führungskräfte Gummersbach, Alpha-Kurs, Bibelschule Kirchberg, Chemin Neuf, Christliche Internetarbeitsgemeinschaft des Evangeliums Rundfunks, Christus-Treff Marburg, Christusträger-Schwestern, Communauté de Taizé, Christusbruderschaft Selbitz, Kommunität Casteller Ring, Cursillo, CVJM, De Ignis-Fachklinik, Gemeinschaft Emmanuel, Equipes Notre Dame, Evangelisches Jugendwerk in Württemberg, Family Life Mission, Fokolar-

Bewegung, Freie Christliche Jugendgemeinschaft Lüdenscheid, Geistliche Gemeindeerneuerung, Jesus-Bruderschaft Gnadenthal, Josua-Dienst, Jugend mit einer Mission, Kommende des Johanniterordens, Offener Abend Stuttgart, Offensive Junger Christen, Ökumenisches Lebenszentrum Ottmaring, Sant Egidio, Schönstatt-Bewegung (marianisch), Teen Challenge, Totus Tuus, Treffen von Verantwortlichen, Vineyard, Wörnersberger Anker.

Nicht die Einheit, die Jesus will!

Ist nun das, was hier entsteht, die von Jesus Christus gewollte Einheit? Eindeutig nein! Die Einheit Jesu ist einzig und allein mit der Wahrheit verbunden, die er selbst in Person ist: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich“ (Joh 14,6). Sie ist außerdem an Gottes Wort gebunden, das die Wahrheit ist (Joh 17,17). Zwar wurde auch in Stuttgart sehr viel von „Jesus Christus“, dem „Heiligen Geist“ und der von diesem gewirkten „Einheit“ geredet, aber diese Begriffe wurden - von vielen sicherlich unbewußt - für eine Art von Einheit instrumentalisiert, die die Bibel so nicht als die von Jesus Christus gewollte Einheit kennt. Im Folgenden stelle ich daher abschließend wahre und falsche Einheit einander gegenüber und bitte die Leser, auch alle Teilnehmer des Europatages, über diese Unterschiede nachzudenken:

Wahre und falsche Einheit

Wahre Einheit umfaßt nur diejenigen, die an Jesus Christus glauben, die sein Wort als "die Wahrheit" behalten, die in der Welt, aber nicht von der Welt sind und die daher von der Welt gehaßt werden (Joh 17). - Falsche Einheit hingegen umfaßt die ganze Menschheit, "hurt" mit allen möglichen Ideologien und Religionen und verfolgt diejenigen mit Zwang, Terror und schließlich Gewalt, die Jesus Christus als einzigem Herrn, Erlöser und Friedensbringer die Treue halten (Offb 13 und 17 f.).

Wahre Einheit kommt durch Missionierung und Evangelisierung aller Völker, durch den klaren Ruf zum rettenden Glauben und zur Lebensübergabe an Jesus Christus zustande (Mt 28,18-20; Joh 17,20 f.). - Falsche Einheit umgeht diesen Ruf

zur Bekehrung, indem sie politische Probleme und Selbsterlösungsversuche einer sich als autonom verstehenden Menschheit in den Vordergrund stellt - einer Menschheit, die "die Liebe zur Wahrheit nicht angenommen hat zu ihrer Rettung" und ihre Zuspitzung im Antichristen findet, der sich selbst "in den Tempel Gottes setzt und vorgibt, er sei Gott" (2. Thess 2,4. 10).

Wahre Einheit duldet keine Irrlehre (Gal 1,6-10; 2. Joh 9-11 ; Jud 3 f). - Falsche Einheit duldet Irrlehre und fördert sie infolge der Vermischung der Ideologien sogar noch.

Das Reich des Antichristen

In der Praxis besitzt die falsche Einheit eine dreifache Ausrichtung, die zur Diktatur des Antichristen führt:

Erstens: politisch auf ein Welteinheitsreich hin, in dem alle „einerlei Meinung“ haben (Offb 17,13).

Zweitens: wirtschaftlich auf ein einheitliches Weltwirtschaftssystem hin, in dem "niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Malzeichen hat, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens ... sechshundertsechszig" (Offb 13,17 f.).

Drittens: religiös auf eine Welteinheitsreligion hin, in der "alle, die auf Erden wohnen", den Drachen (Satan) und das Tier aus dem Meer (den Antichristen) anbeten - alle, "deren Namen nicht geschrieben sind von Anfang der Welt in dem Lebensbuch des Lammes, das erwürgt ist" (Offb 13,8).

Diesem Stadium - so mein Eindruck nach der Stuttgarter Veranstaltung „Miteinander für Europa“ - sind wir einen riesigen Schritt nähergekommen.

Literaturhinweise:

- Erich Brüning / Hans-Werner Deppe / Lothar Gassmann: **PROJEKT EINHEIT**. Rom, Ökumene und die Evangelikalen, Betanien-Verlag. Oerlinghausen 2004

- Erich Brüning: **DER FREMDE AGENT**. Freimaurerei, Vatikan und die Evangelikalen, Verlag für Reformatorische Erneuerung, Wuppertal 2004

- Lothar Gassmann: **PIETISMUS WOHIN?** Neubesinnung in der Krise der Kirche, Verlag für Reformatorische Erneuerung, Wuppertal 2004

Alle 3 Bücher sind auch beim Verfasser dieser Stellungnahme erhältlich.

Hans Thomas

Schuld als Kult

Vom Abgründigen im deutschen Gutmenschen

Bei einer Kundgebung 1988 auf dem Wiener Rathausplatz erklärte der große Psychiater Viktor E. Frankl: „Jemanden nicht persönlich, sondern kollektiv schuldig zu sprechen, lehne ich strikt ab. Es gibt keine Kollektivschuld.“² Frankls Wort hat Gewicht, weil seine Eltern, sein Bruder und seine junge Frau in Konzentrationslagern umkamen und er selbst unter steter Lebensgefahr mehrere Jahre in Auschwitz und anderen Lagern verbringen mußte. Aber auch als Begründer der weltweit anerkannten Logotherapie kommt seinem Urteil besondere Bedeutung zu.

Auch Richard v. Weizsäcker - der selbst bei seinem Vater, dem zweiten Mann nach v. Ribbentrop, auf Unschuld und Nichtwissen plädierte - hat in seiner bekannten Rede vom 8. Mai 1985 klar gemacht, „daß es allein um Kollektiv-*Verantwortung* gehen kann“.³

Wie könnte heute ein verantwortungsvoller Umgang mit den Greueln der Vergangenheit aussehen?

Drei Dinge dürften dabei wohl unverzichtbar sein:

Erstens der verständnisvolle, taktvolle und hilfswillige Umgang mit den Opfern.

Zweitens das Bestreben, ähnliche Verbrechen in Zukunft zu verhüten.

Und drittens, damit zusammenhängend, eine moralische, sachgemäße und gesunde Verarbeitung des Geschehenen; denn auch das Wie einer Therapie ist maßgeblich für einen Gesundungsprozeß.

² Fernsehaufzeichnung.

³ Vgl. Matthias Gierth, "Selbstbewußt beginnen", Rheinischer Merkur Nr. 46/2003, S. 1. Erneuerung und Abwehr 5/2004

Der deutsche Selbsthaß

Hier scheinen die Dinge freilich im Argen zu liegen, weil immer wieder krankhafte Züge sichtbar werden. So warnt z.B. Rolf Stolz, einstmals Mitbegründer der Grünen, in seinem Buch „Der deutsche Komplex“ davor, das Phänomen des deutschen Selbsthasses zu unterschätzen:

„Die Deutschen als lebensunwertes Leben, Deutschland teils als absolute politische Unmöglichkeit, teils als Krebsgeschwür Europas - das ist jenes zugespitzte, übersteigerte Selbst(-haß-)Gefühl, das in dieser Radikalität bisher nur eine gewisse Szene erfaßt hat, aber heute bereits in abgemilderter Form ein tatsächliches Massenphänomen ist.“⁴

Gerhard Stoltenberg zitiert in diesem Zusammenhang den Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel, der wichtige Beiträge zur Erforschung der Hitler-Diktatur geliefert hat:

„Das moralische Urteil gerade der jüngeren hat oft etwas Masochistisches, Gnadenloses, Überhebliches... So entstehen aus einer hitzigen Debatte Einseitigkeiten, die die Realitäten verzerren.“⁵

Altkanzler Helmut Schmidt sagt es so:

„Ich möchte, daß die Fakten bekannt und moralisch bewertet werden. Aber man schneidet sich den Erfolg völlig ab, wenn man die Kinder von 18 Millionen glauben läßt, ihre Eltern seien die Schuldigen und man selbst sei nun aufgeklärt, moralisch in Ordnung und wäre - hätte man damals gelebt - Widerstandskämpfer geworden.“⁶

Überheblichkeit, Selbstgefälligkeit und Masochismus dürften sicher nicht das moralische Rüstzeug sein, um die Aufarbeitung der Vergangenheit in guter Weise zu gewährleisten. Vielmehr gibt das Anlaß zur Sorge, von Deutschland könnte erneut Unheil ausgehen. Ein krankhaft denkender und empfindender Partner, der sich selber schadet, ist kein vollgültiger und beständiger Partner. Seriöse Beobachter wie z.B. Joachim C. Fest urteilen:

„Nachdem die Deutschen die Welt mit Knobelbechern nicht erobern konnten, nähern sie sich ihr jetzt im Büßergewand. Aber es steht der gleiche hohe Anspruch hinter dem einen wie dem anderen, der Welt lästig zu fallen.“⁷

⁴ Bei Heinz Nawratil, „Der Kult mit der Schuld“, München 2002, S. 10.

⁵ In: Poepfel/v. Preußen/v. Hase (Hg.), „Die Soldaten der Wehrmacht“, München 2000, S. 14.

⁶ Ebd., S. 22.

⁷ Idea-Spektrum Nr. 6/2000, S. 7.

Und der namhafte Sozialwissenschaftler Josef Schmid meint:

„Den allzeit reparationswilligen weltgeschichtlichen Sünder zu machen, ist inzwischen für einen ganzen Kontinent irritierend. Besonders für die Nachbarvölker hat es etwas Unangenehmes, weil man nur mit gleichwertigen, ernstzunehmenden Partnern eine dauerhafte und reibungslose Beziehung eingehen kann. Doch damit werden sich diese noch gedulden müssen. Die Deutschen werden ihren Hang zum Exzeß nicht so bald los. Auf der Suche nach angenehmer Temperatur hüpfen sie zwischen der glühenden Herdplatte und dem Schaff mit kaltem Wasser hin und her - wohl auf der Suche nach dem ausgeglichenen Temperament, das die Nachbarn dringend erhoffen.“⁸

Was das Ausland dazu sagt ...

Das ist nicht zuviel gesagt, denn in der Tat werden im Ausland entsprechende Befürchtungen zunehmend ausgesprochen. Der lettische Staatspräsident Lennart Meri z.B. urteilte:

„Man kann einem Volk nicht trauen, das sich rund um die Uhr in intellektueller Selbstverachtung übt.“⁹

Der ehemalige französische Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der den Deutschen vorwirft, mit dem Nationalsozialismus auch die Nation verwerfen zu wollen, pflichtet bei:

„Wir brauchen ein Deutschland, das von sich überzeugt ist und seine Vergangenheit voll und ganz bewältigt hat.“¹⁰

Sein Landsmann, der Philosoph André Glucksmann, meint:

„Wir haben einst Deutschlands Stärke gefürchtet, nun fürchten wir seine Schwäche.“¹¹

Der britische Bestsellerautor Frederick Forsyth sagt ebenfalls:

„Von der Geburt bis zur Universität hört kein Deutscher ein positives Wort über sein Heimatland. Er hört nur von den Sünden, von den schrecklichen zwölf Jahren des Hitlerismus. Die übrige Geschichte fällt unter den Tisch. Ich sehe keine Wiedergeburt des Faschismus, keine Wiedergeburt des

⁸ Josef Schmid, "Die Moralgesellschaft", München 1999, S. 10.

⁹ Idea-Spektrum Nr. 19/2000, S. 7.

¹⁰ Peter Gauweiler, "Nachdenken über Jean-Pierre Chevènement,", Welt am Sonntag Nr. 23/2000, S. 2.

¹¹ Bei J. Schmid, a.a.O., S. 10.
Erneuerung und Abwehr 5/2004

Militarismus in Deutschland Ich fürchte die deutsche politische Korrektheit mehr als einen neuen Hitler."¹²

Alfred M. de Zayas, Historiker und Völkerrechtler u.a. in Chikago und Harvard, schrieb:

„Wenn mich etwas am heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es diese Neigung zu übertriebener Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Deutsche den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß manche Deutsche wohl an einer Megalomanie leiden. Sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und die größten Büßer, dies halte ich für pathologisch.“¹³

„Ich glaube, Bundeskanzler Schröder tut gut daran, sich nach vorne zu bewegen und die Geschichte, die mehr als 50 Jahre zurückliegt, Geschichte sein zu lassen“¹⁴, meinte Didier Sicard, Präsident des Nationalen Ethikrats von Frankreich. Politiker wie Patrick Buchanan¹⁵, Ronald Reagan, George W. Bush, Jaques Delors, Otto v. Habsburg und andere haben sich in einem ähnlichen Sinne geäußert.¹⁶ Selbst Wladimir Putin kritisierte die Haltung derjenigen, die in Deutschland stets vor „Deutschtümelei“ warnten und der Selbstverachtung das Wort redeten:

„Ich halte diese Position für falsch. Kein Land darf ewig unter der Schuld leiden, die es einmal in der Geschichte auf sich geladen hat.“¹⁷

Wenn auch das deutsche Schuldbewußtsein verständlicherweise vielfach noch mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis genommen wird, so zeigt sich doch: Das Ausland erkennt offensichtlich in der Haltung des deutschen Selbsthasses irrationale und pathologische Züge, die Anlaß zur Besorgnis für ein gesundes Miteinander der europäischen Völker geben.

Sehr bedeutsam ist, daß auch namhafte Persönlichkeiten des Judentums die Deutschen ermuntern, wieder den aufrechten Gang zu gehen. Genannt seien u.a. Yehudi Menuhin, der britische Verleger und Schriftsteller Victor Gollancz, Theodore Ellenhof vom American Jewish Committee, der Theologe Pinchas Lapide, die ukrainisch-schweizerische Schriftstellerin Salcia Landmann („Die Bußbereit-

¹² Bei H. Nawratil, a.a.O., S. 121f.

¹³ Idea-Spektrum Nr. 19/2000, S. 7.

¹⁴ Bei H. Nawratil, a.a.O., S. 118f.

¹⁵ Idea-Spektrum Nr. 14/2000, S. 11.

¹⁶ Bei Nawratil, a.a.O., S. 17, 101, 204, 236f.

¹⁷ Ebd., S. 206.

schaft wegen Auschwitz birgt schon lange irrationale massenpsychotische Elemente") und der Gründer und Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal („Ich habe immer vermieden zu sagen >die Deutschen<. Aus dem einfachen Grund, weil ich nicht mag, wenn man sagt >die Juden<").¹⁸ Anders Michel Friedmann:

„Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des jüdenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer."¹⁹

Maßlosigkeit – auch in der Selbstverneinung

Untersucht man die einschlägigen Texte deutschen Selbsthasses etwas genauer, so fällt eine Maßlosigkeit auf, die in Deutschland eine gewisse Tradition hat. Ludwig Erhard z.B. wurde als „Maßhaltekanzler" verhöhnt und auch Christa Meves diagnostizierte eine „manipulierte Maßlosigkeit". Aber auch schon bei Goethe, Fichte, Schopenhauer, Nietzsche, Karl Julius Weber, Heine u.a. ließe sich mancher kritische Gedanke zu diesem Thema entdecken. Churchill soll gesagt haben, daß man die Deutschen entweder am Hals oder zu den Füßen habe, sie also zwischen Extremen schwanken. Und schon Clemenceau (frz. Ministerpräsident von 1917-1920) urteilte:

„Die Deutschen kennen keine Mittellinie, sie sind maßlos. In guten Tagen verherrlichen sie ihre Ideale bis zur Selbstaufopferung, nach der Niederlage aber beschmutzen sie ihr eigenes Nest, nur um zu gefallen."²⁰

Nehmen wir als Beispiel einen dieser maßlosen Texte. Er stammt von Wiglaf Droste, der als freier Autor Medien wie u.a. „Der Spiegel", „Süddeutsche Zeitung", „Kritisches Tagebuch" des WDR, „Junge Welt", „faz", „Neues Deutschland" und „Titanic" beliefert. Er lautet (und ich bitte den Leser um Entschuldigung wegen gewisser Ausdrücke im Zitat!) :

¹⁸ Ebd., S. 17, 45f., 113, 236.

¹⁹ Ebd., S. 19.

²⁰ Zitiert aus einem Leserbrief von K. Häberlein in der Welt am Sonntag. Erneuerung und Abwehr 5/2004

„Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Ruße, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genau so viele Rechte, auf >deutschem Boden<, von dem gesprochen wird, als sei er heilig und gebenedeit, zu leben wie irgendein Deutscher - wenn nicht gar mehr. Ich habe kein persönliches Schuldgefühl, was die deutsche Vergangenheit angeht, und ich möchte niemandem eins einreden. Historisch aber muß eine Gerechtigkeit erzwungen werden, und wenn so zirka 100 Millionen Asylanten, egal, wie arm, krank und kriminell sie sein mögen, aufgenommen und gleichwertig behandelt worden sind, dann darf an einem Kneipentisch ein Besoffener einmal leise seine Überfremdungsbeschwerde führen - aber keinen Tag eher. Die >Deutschland-den-Deutschen< - Deutschen, egal, ob sie radikal nazistisch wie in Hoyerswerda oder unterschwellig rassistisch auftreten wie zum Beispiel in Saarlouis oder Bielefeld, haben den Rand zu halten und sich nicht zu mopsen. Tun sie es doch, gehören sie - ja doch! - deportiert, an den dunkelsten, kältesten und elendesten Ort, der sich in diesem Universum finden läßt. Dort dürfen sie dann in der Scheiße, die sie im Kopf haben, ersaufen.“²¹

Schaut man bei derartigen Texten der Selbstverneinung, die nicht immer so kraß sein müssen wie der vorliegende, etwas genauer hin, so springt einem sofort die schon erwähnte Maßlosigkeit an. Des weiteren entdeckt man: Irrationalen Utopismus. Kann man wirklich annehmen, daß ein multikulturelles Gebilde des hier erwähnten Ausmaßes funktionieren wird? Aggressivität und Rüpelhaftigkeit sind ebenfalls kennzeichnend. Man erblickt ferner eine diktatorische, ja brutale Unterdrückung anderer Meinungen in einem Klima der Nötigung. Angesichts der Erfahrungen mit multikulturellen Gesellschaften in aller Welt, wird man doch noch einige sachliche Bedenken vortragen dürfen. Schließlich bezeichnete selbst „Der Spiegel“ schon vor Jahren im Titel die multikulturelle Gesellschaft als „gescheitert“.²² Ersichtlich ist auch eine Va-banque-Mentalität. Die eigenen Vorstellungen müssen auf Biegen und Brechen ohne Rücksicht auf etwaige Folgen durchgesetzt werden. (Hitler zu Göring: „Ich habe in meinem Leben immer va banque gespielt“.) Sogar eine rassistische Komponente klingt an. Nicht nur der Schuldige, nein, der Deutsche als solcher wird für minderwertig und lebensunwert erklärt. Der jüdische Historiker Michael Wolffsohn schreibt dazu:

²¹ Bei Nawratil, a.a.O., S. 9f.

²² Der Spiegel Nr. 16 vom 14.4.1997.

„Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat ...Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde".²³

Dagens Nyheter schreibt:

„Die Verachtung der Deutschen ist eine Art Rassismus, an der sich viele festklammern, weil jeder andere Rassismus verboten ist".²⁴

Es wird sogar - wenn das nicht erhellend ist! - der Wunsch nach Deportation und Vernichtungslagern geäußert. Wie man deutlich sieht, geht es hier auch gar nicht so sehr um echte Barmherzigkeit gegenüber armen Asylanten, sondern um einen überbordenden Selbstzerstörungswillen. Botho Strauß:

„Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört".²⁵

Das alles kommt einem bekannt vor. Und so darf man sich nicht wundern, wenn die Frage auftaucht, ob man bei den Verfassern solcher Texte wirklich echte „Antifaschisten" vor sich hat oder nicht doch Vertreter anderer Provenienz, vielleicht „rot lackierte Nazis" (Kurt Schumacher). Man darf sich auch nicht dadurch täuschen lassen, daß vieles im Gegensatz zu Hitler gesagt wird. Auch das kann eine Fixierung auf ihn bedeuten, eine negative infantile Bindung statt einer reifen Selbständigkeit. Arnulf Baring:

„Wir bilden uns seit 1945 ein, wir hätten die Vergangenheit begriffen. Wir haben sehr einseitige Schlußfolgerungen gezogen, nämlich immer das Gegenteil von dem für richtig zu halten, was Hitler und seine Zeitgenossen für richtig gehalten haben".²⁶

Hätte man wirklich aus der Geschichte gelernt, würde man alles daran setzen, Deutschland nicht wieder zu einem Krisenherd werden zu lassen, aus dem neues Unheil erwächst.

²³ Bei Nawratil, a.a.O., S. 89.

²⁴ Ebd., S. 86.

²⁵ Ebd., S. 186f.

²⁶ Arnulf Baring, "Deutschland was nun?", Focus Nr. 9/1997, S. 72ff.

Ein psychologischer Erklärungsversuch

Was sind nun die eigentlichen Motive für diese Haltung der Selbstverneinung? Grundsätzlich wird man alle psychologischen Möglichkeiten bis hin zum Todestrieb in Betracht ziehen müssen. Es gibt den echten, unüberwundenen Schmerz und Zorn über die Verbrechen, die in unserem Volk geschehen konnten. Man wird aber auch mit Selbsttäuschungen durch psychologische Kniffe und Tricks rechnen müssen, die nicht der Wahrheit und Heilung dienen, sondern für den eigenen Seelenhaushalt nützlicher sind als für andere. Gedacht ist an psychische Vorgänge wie Kompensation, Projektion, Verdrängung, Verschiebung, Rationalisierung etc. Man versucht so z.B. eigene Defizite auszugleichen, indem man sich in anderer Hinsicht umso strenger und moralischer gebärdet. Man projiziert eigenes Böses in andere hinein, um es da bequemer und nicht so schmerzhaft bekämpfen zu können. Man versucht, falsche Entscheidungen logisch zu begründen. Und man verschiebt dringend gebotene Entscheidungen auf Ersatzhandlungen, die es ermöglichen sollen, das eigentliche Problem nicht in Angriff zu nehmen.

Zu bedenken ist auch, daß eine steil idealistische Gesinnungsethik ohne Verantwortungsethik, wie man bei der RAF gesehen hat, leicht in eine brutale Aggression umschlagen kann. (Ulrike Meinhof: „Natürlich (!) darf geschossen werden!“) Diese kann sich auch gegen das eigene Ich richten. Der Psychologieprofessor Herbert Speidel verweist in diesem Zusammenhang auf eine Beobachtung Sigmund Freuds:

„Es ist merkwürdig, daß der Mensch, je mehr er seine Aggressionen nach außen einschränkt, desto strenger, also aggressiver in seinem Ich-Ideal wird“.²⁷

Es ist ein in der Psychologie bekannter Vorgang, daß eine nach außen gerichtete Aggression, auch eine gesunde, die der Selbstbehauptung dient, sich nach innen kehren kann und sich dann gegen einen selbst richtet. Das kann sowohl bei einem Individuum wie bei einem Kollektiv der Fall sein. Es ist einem dann ein Instrument in die Hand gegeben, mit dem man sich selber beschneiden und quälen kann. (Walter Jens: „Keine Wiedervereinigung! Schuld!“ - Günter

²⁷ Bei Nawratil, a.a.O., S. 252.
Erneuerung und Abwehr 5/2004

Graß: „>Gegen ein Selbstbestimmungsrecht, das anderen Völkern zusteht, spricht Auschwitz.“²⁸

Speidel erklärt nun einleuchtend, wie es im Nachkriegsdeutschland zu einem „kollektiven malignen Introjekt“ kam. Der sehr differenzierte Prozeß kann hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden. Die allgemein sichtbaren Folgen seien aber erwähnt. Speidel beschreibt sie so:

„Die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Wertprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekennnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: Die moralische Haltung schafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl und rettet außerdem in der Selbsterniedrigung eine pathologische Form nationaler Kohärenz; die Selbsterniedrigung ist aber gleichzeitig auch das Mittel der Verschleierung dieses Überlegenheitsgefühls...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat. Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System erhebt in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Nazitäter mit der >Militanz<, das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus, verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pendant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors....

Eine solche kollektive pathologische Haltung hat aber schwerwiegende Folgen; die Destruktion des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls als eines Aspekts von Bindungsfähigkeit beschädigt auch dessen andere Bestandteile: verbindliche Beziehungen, die Sozialverbindlichkeit der Sexuali-

²⁸ Ebd., S. 105.

tät, die Vertrautheit zwischen den Generationen, die Generativität, das heißt das Interesse an der nachfolgenden Generation, die Erziehungskompetenz der Eltern, die Pädagogik, die Bildungspolitik - alle diese Elemente der Bindungsfähigkeit sind unter dem Einfluß einer masochistisch-destruktiven Moral als Abwehrformation unter der Wirkung des malignen Introjekts der Kollektivschuld tatsächlich auch schwer beschädigt worden. Die Agenten dieser kollektiven Selbstdestruktion sind die sogenannten 68er. Die Angehörigen dieser tragischen Generation sind die Träger dieses autodestruktiven Introjekts. Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.ⁿ²⁹

Es liegt nun auf der Hand und müßte eigentlich jedem einleuchten, daß eine Selbstverneinung weder psychologisch, noch theologisch, noch politisch richtig sein kann. Der Autodestruktive schadet nicht nur sich selbst, sondern auch dem Gefüge, in dem er lebt. Daher auch die berechtigte Sorge tiefer blickender ausländischer Staatsmänner, die sich durch die demutsvolle Außenseite der Autodestruktion nicht beirren lassen und diesem deutschen Phänomen mißtrauisch gegenüberstehen, weil sie eine Aggressionsumkehr für möglich halten.

Wie ließe sich nun die „Volksseele“ heilen?

Der Christ orientiert sich bekanntlich in allen Fragen an der Bibel. Und die Kirchen, sofern sie das auch tun, könnten viel zur Lösung des Problems beitragen und die Debatte versachlichen und richtigstellen, wenn sie wieder einige biblische Grundwahrheiten ins Volk hineinbrächten. Drei davon seien hier genannt:

Erstens: „Da ist keiner, der Gutes tut, auch nicht einer.“ (Röm. 3,12)

Roger Schutz, Gründer und Leiter der Kommunität Taizé, sagte neulich:

²⁹ Bei Nawratil, a.a.O., S. 244ff.
Erneuerung und Abwehr 5/2004

„In allen Nationen gibt es eine kleine Zahl von Wahnsinnigen; wenn es ihnen gelingt, die Macht zu ergreifen, sind sie dazu fähig, unzählige Menschen in ein Räderwerk von Haß und Krieg hineinzuziehen. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, niemals die Angehörigen einer Nation zu demütigen, in der einige wenige Führer unvorstellbare Greuel veranlaßt haben. Man kann es nicht oft genug sagen: Es gibt kein Volk, das schuldiger ist als das andere.“³⁰

Diese Erkenntnis der allgemeinen Sündhaftigkeit, die vor Hochmut bewahrt, sollte nun aber nicht benutzt werden, um Verbrechen der Vergangenheit zu relativieren, herunterzuspielen und zu entschuldigen. Vielmehr sollte verstärkt die Gefährdung durch die eigene Sünde ins Blickfeld rücken.

Darum gilt zweitens:

**„Wenn ihr nicht Buße tut, werdet ihr alle ebenso umkommen“.
(Luk. 13,4).**

Jesus zieht den Blick von den Sünden anderer in der Vergangenheit ab und lenkt ihn auf eigene Schuld in der Gegenwart. Diese Blickrichtung hat auch Hannah Arendt:

„Moralisch gesehen ist es ebenso falsch, sich schuldig zu fühlen, ohne etwas Bestimmtes angerichtet zu haben, wie sich schuldlos zu fühlen, wenn man tatsächlich etwas begangen hat. Ich habe es immer für den Inbegriff moralischer Verwirrung gehalten, daß sich im Deutschland der Nachkriegszeit diejenigen, die völlig frei von Schuld waren, gegenseitig und aller Welt versicherten, wie schuldig sie sich fühlten.“³¹

Es ist kein Kunststück, den Nazis noch ein paar Steine hinterher zu werfen, während man z.B. die millionenfache rechtswidrige Tötung ungeborener Kinder mit ihren Folgen auf die leichte Schulter nimmt und eine „Kultur des Todes“ (auch im Hinblick auf die Euthanasie) immer mehr um sich greift.

Allein schon die gigantische Verschuldung ist dazu angetan, bei unseren Nachfahren Empörung, Verachtung und soziales Elend auszulösen. Jeder Bundesbürger steht, abgesehen von seiner privaten Verschuldung, jetzt schon mit 16.220 Euro in der Kreide. Und die Schuldenlast des Bundes wächst pro Sekunde um 2186, pro Minute

³⁰ Idea-Spektrum Nr. 1/2004, S. 7.

³¹ Bei Nawratil, a.a.O., S. 6.

um 131.160 Euro.³² Ganz allgemein ist man auf dem Weg der Auto-destruktion (Selbstzerstörung) schon ein gutes Stück vorangekommen: Alles ist oder wird reduziert: Das Volk, die Einkommen, die Vermögen, die Firmen und Arbeitsplätze, die Bildung, die kulturellen Einrichtungen, die Infrastruktur. Und die Moral ist auch reduziert (Kriminalität, Korruption, Repression, Promiskuität etc.). Gelegenheit, sich um die eigene Schuld zu kümmern, gäbe es also zuhauf.

Drittens gilt:

**„Zur Freiheit hat uns Christus befreit“ (Gal. 5,1)
„Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ (2.Kor. 3,17).**

Die Lösung des Schuldproblems liegt in der Vergebung durch Gott und in der Vergebung untereinander, nicht in „selbsteigner Pein“ (Paul Gerhard) und nicht im „ewigen Tribut“ (Peter Gauweiler).³³ Vergebung unter Menschen setzt freilich voraus, daß diese sich glaubwürdig und ohne bloße Verlagerung von ihrer Schuld lösen wollen und die Wurzel des Bösen in den Blick bekommen. Eine Haltung des In-se-curvatus-Seins (In-sich-Verkrümmt-Seins) (Luther) und der Selbstverachtung kann allenfalls als Durchgangsstadium akzeptiert werden. Wahre Buße, so sagt mit Recht der Theologe Schniewind, ist „Freude“, eine Wende vom Schlechteren zum Besseren, von der Dunkelheit zum Licht, vom Gefangensein zur Freiheit, von der Gottferne zu Gott. In der Gottferne allein liegt letztlich auch die Wurzel allen Übels. Antoine de Saint-Exupery (1900 - 1944) sagte zu Recht:

**„Wenn die Menschen gottlos werden,
sind die Regierungen ratlos, die Lügen grenzenlos, die Schulden zahllos,
die Besprechungen ergebnislos, die Aufklärungen hirnlos,
die Politiker charakterlos,
die Christen gebetslos, die Kirchen kraftlos,
die Völker friedlos, die Verbrechen maßlos.“**

³² Vgl. Der Spiegel Nr. 9/2004, S. 30.

³³ Gauweiler in einem Interview, Focus Nr. 45/1995, S. 88.

Neues im „Fall Hohmann“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann war wegen einer angeblich antisemitischen Rede aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen worden (wir berichteten). Inzwischen gab es einige wichtige Entwicklungen und Klarstellungen, von denen die breite Öffentlichkeit leider kaum Kenntnis erhalten hat. Um unseren Lesern ein möglichst objektives Urteil zu ermöglichen, geben wir nachfolgend zwei Presseerklärungen Martin Hohmanns – zum Teil leicht gekürzt – im Wortlaut wieder.

Presseerklärung Martin Hohmanns vom 14. Mai 2004

Endgültig: Freispruch für Martin Hohmann!

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Fulda, keine Ermittlungen gegen MdB Martin Hohmann aufzunehmen, bestätigt und eine entsprechende Beschwerde u.a. des Zentralrates der Juden in Deutschland verworfen.

Martin Hohmann: „Nach endgültiger juristischer Klärung steht fest: Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland war nicht gut beraten, als er meine Rede vom 3.10.2003 mit dem Verdikt ‚schlimmster Fall von Antisemitismus seit Jahrzehnten‘ belegte. Für die Zukunft wünsche ich mir einen fairen Umgang miteinander und Offenheit für das Gespräch unter Demokraten. Gerade bei gegensätzlichen Ansichten in der Sache ist vom Gebrauch der diskriminierenden ‚Strafrechtskeule‘ abzuraten.“

Presseerklärung Martin Hohmanns vom 20. Juli 2004

Parteiausschluß ist nicht richtig!

Mein Anwalt und ich halten die Entscheidung des Hessischen Landesparteigerichts für nicht richtig. Wir werden diese Entscheidung ganz unverzüglich durch Einlegung des Rechtsmittels der Beschwerde durch das Bundesparteigericht nachprüfen lassen. Wir hoffen, daß das Bundesparteigericht zeitnah verhandeln und die Entscheidung des Hessischen Parteigerichts revidieren wird. Ich bin - wie Tausende von CDU-Anhängern auch - der Auffassung, daß meine Rede vom 3. Oktober 2003 keinen antisemitischen Inhalt hatte; erst recht war sie nicht antisemitisch gemeint. Das Gericht hat sich - dies ist nur einer der Kritikpunkte - leider auch nicht mit der

Kernaussage meiner Rede: „Weder ´die Juden` noch ´die Deutschen` sind ein Tätervolk“, Täter des letzten blutigen Jahrhunderts sind vielmehr religionsfeindliche Ideologen, auseinandergesetzt. Das Gericht unterlegt meiner Rede kurzerhand einen antisemitischen Inhalt, ohne sich mit der Frage nach der Definition von Antisemitismus auseinanderzusetzen. Gerade in der Frage, was unter Antisemitismus zu verstehen ist und was ein Deutscher in diesem Zusammenhang sagen darf, gibt es - dies zeigen auch die zahlreichen unterschiedlichen Reaktionen vieler Menschen - keinen Konsens und immer noch keine offene, unverkrampfte Diskussion in Deutschland. Wünschenswert ist ein umfassender geschichtlicher Realismus. Leider hat das Hessische Parteigericht die für mich positiven Entscheidungen der Staatsanwaltschaft Fulda und der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M. völlig übergangen. Diese hatten Ermittlungen gegen mich wegen Volksverhetzung und Beleidigung abgelehnt und damit einer Anzeige des Zentralrates der Juden widersprochen. Auch wurde vom Parteigericht übersehen, daß der den Skandal auslösende Satz „CDU-Abgeordneter nennt Juden ‚Tätervolk‘“ in den ARD-Nachrichten vom 30.10.2003 eine glatte Verfälschung meiner Rede war. So darf der Stern auf Beschluß des Oberlandesgerichts Frankfurt/M. weder wörtlich noch sinngemäß behaupten, ich hätte Juden als Tätervolk bezeichnet.

Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang die folgende Stellungnahme der Aktion „DIE WENDE – Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln“, Tannenstr. 4, 90530 Wendelstein.

Die deutsche Faschismuskeule

Hermann Lübke hat einmal gesagt, daß der Neonazismus kein politisches Problem mehr darstellt, sondern nur noch ein Problem der Polizei. Er meint damit, daß der Neonazismus keine Gefahr für die Demokratie ist, daß es aber immer ein paar Spinner und Gewalttäter geben wird, die den Nationalsozialismus gut finden. Dennoch arbeitet die öffentliche Diskussion permanent mit der Faschismuskeule und wenn möglich mit Antisemitismusverdacht. Woran liegt das?

1. Die Kulturrevolutionäre von 1968 haben es geschafft, den Kommunismus und den Sozialismus vom Totalitarismusverdacht zu reinigen und gleichzeitig den demokratischen Rechtsstaat mit seiner Sozialen Marktwirtschaft unter Faschismusverdacht zu stellen. Die 68er waren überzeugte Neomarxisten. Hinter allen ihren Äußerungen stand der Satz von Max Horkheimer: „Wer vom Kapitalis-

Erneuerung und Abwehr 5/2004

mus nicht reden will, der soll vom Faschismus schweigen". Kurz: Das Nachkriegs-Westdeutschland war ein „faschistischer Schweinestaat", den man zerstören mußte. Das war zunächst die Legitimation der 68er, der deutschen Demokratie den Kampf anzusagen und Menschen zu ermorden.

2. In den 90er Jahren brachen die kommunistischen und sozialistischen Systeme zusammen. Ihre Zwangs-, Terror- und Massenerschießsysteme wurden offenbar. Sie brachten der Menschheit nicht Glück und Freiheit, sondern vernichteten die halbe Erdkugel mit ca. 100 Millionen Toten! Die 68er und die Linken verweigern bis heute eine Vergangenheitsbewältigung ihrer Gesinnung. Dennoch kamen sie zu der Einsicht, daß mit dem Sozialismus und dem Kommunismus nichts mehr zu gewinnen war. Diese Systeme standen für Mißwirtschaft, Niedergang und Tod. In dieser Zeit wurden in Deutschland die Folgen des unkontrollierten Zustroms von Ausländern und Asylanten sichtbar, gegen den sich die Deutschen zu wehren begannen. Hierin erkannten die Linken und die 68er ihre große Chance. Sie verbreiteten die These, die Deutschen seien ausländerfeindlich. Und wer ausländerfeindlich ist, der denkt im Kern rassistisch. Da der Rassismus eine wesentliche Komponente des Nationalsozialismus gewesen ist, erhebe nun das „braune Ungeheuer" wieder sein Haupt. Sie hatten nun wieder eine Existenzberechtigung. Um diese zu behalten, muß der Mythos vom „braunen Ungeheuer" aufrechterhalten werden.

Heute herrscht die Situation, in der jede kritische Äußerung zum Ausländerproblem unter Faschismusverdacht gestellt wird. Aus diesem Grunde mußte auch Martin Hohmann gehen. Er ist Christ und konservativ. Er hat Probleme angesprochen, die die Linken und Alt-Achtundsechziger nicht hören wollen. Er hat gesagt, daß wir Mafiabanden und Terroristen ins Land geholt haben. Er hat die Schuldigen benannt. Er hat sich für christliche Werte eingesetzt. Er hat die Schuldzuweisungen an die Deutschen als ideologisch bedingt entlarvt. Er hat die Wahrheit ausgesprochen. Das war sein Verhängnis. Denn ein Staat, der anfängt, sich unter dem Prinzip der Herrschaft der Lüge einzurichten, kann die Wahrheit nicht mehr ertragen. Neu war an dem Fall Hohmann, daß die CDU/CSU sich nicht passiv verhalten, sondern sich aktiv an die Spitze der Treibjagd gestellt hat.

Die Fälle Jenninger, Heitmann, Walser, Hohmann und die Diskussion um die Leitkultur zeigen, daß diejenigen, die den Faschismus- und Antisemitismusverdacht äußern, die Demokratie gefährden. Sie vernichten die geistige Freiheit und die Meinungsfreiheit durch Gesinnungsterror mit Unterstützung der Presse. Die Folge ist die politische Korrektheit, die selbst Züge eines totalitären Regimes aufweist. Sie unterscheidet sich von der national-sozialistischen Zensur nicht sonderlich. Durch sie kann heute jeder bürgerliche Politiker mit seiner Familie durch die Straßen gejagt und als Persönlichkeit vernichtet werden.

Der Verein „Die Wende“ erkennt in diesen Entwicklungen eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und für die bürgerliche Freiheit. Er führt die Ursachen auf die Falschinterpretationen und Fehlentwicklungen von 68 zurück. Das Ziel des Vereins ist es, Demokratie und Freiheit zu schützen. Er ist der Überzeugung, daß eine Demokratie unter Ideologien und Ersatzreligionen nicht funktioniert. Freiheit und Demokratie sind aus unserer christlichen Überzeugung erwachsen. Noch lebt die Demokratie von den Resten der christlichen Kultur...

Literaturhinweis: Günter Rohrmoser, Deutschlands Tragödie. Der geistige Weg in den Nationalsozialismus, München 2002, S. 114ff.

Wichtige Neuerscheinung:

Fritz Schenk: Der Fall Hohmann. Die Dokumentation, 230 Seiten, EUR 14,90, zu beziehen bei: Initiative „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“, Postfach 15 06 95, 10668 Berlin, Fax 030-26 07 56 95

Das Buch zitiert die entlarvenden Stimmen aus Politik und Medien, die den „Fall Hohmann“ einreihen in die Kampagnen gegen Philipp Jenninger, Steffen Heitmann und Martin Walser. Es liefert neben der „umstrittenen“ Rede Hohmanns vom 3. Oktober 2003 auch alle wesentlichen Schriftstücke von Angela Merkel, Edmund Stoiber und von Hohmann selbst. Das Buch dokumentiert minutiös den Ablauf eines der größten politischen Skandale der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Buch kann dabei helfen, daß eine ähnliche Kampagne nie wieder eine Chance bekommt. Es muß größte Verbreitung finden.
(aus der Vorankündigung)

Das aktuelle Stichwort

Unter dieser Überschrift erscheinen in jeder Ausgabe Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen aus den Bereichen: Religionen, Kirchen, Sekten, Weltanschauungen und Esoterik aus dem in Vorbereitung befindlichen

HANDBUCH ORIENTIERUNG

(ca. 1.000 Seiten, Druck geplant für ca. 2005/2006; Vorbestellung möglich bei der Schriftleitung). Etliche Stichworte daraus finden sich bereits im Internet unter www.bible-only.org/german/handbuch

Für das HANDBUCH ORIENTIERUNG liegt auch ein Beitrag von Walter Rominger über den Namensgeber unseres „Walter-Künneth-Instituts“ (WKI), Prof. Dr. Walter Künneth DD.; vor. Vorsitzender des WKI ist derzeit Pfr. Reinhard Schön, Lübeck. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind RA Ekkehard Kissau, Lübeck, und Dr. Lothar Gassmann, Pforzheim.

Künneth, Walter

Geboren am 1. Januar 1901 in Etzelwang in der Oberpfalz in Bayern, wo sein Vater Pfarrer war; gestorben am 26. Oktober 1997 in Erlangen. Ab 1920 Studium der evangelischen Theologie in Erlangen und anschließend in Tübingen, wo ihn besonders Karl Heim theologisch beeinflusste. 1924 wird K. zum Dr. in Philosophie bei Friedrich Brunstäd in Erlangen promoviert; 1927 wird K. Licentiat der Theologie. Nach Abschluß seines Theologiestudiums 1924 ist er zunächst als Dozent am Predigerseminar in der Vikarsausbildung tätig, bevor er 1926 in die Apologetische Centrale in Berlin-Spandau berufen wird. 1930 habilitiert sich K. in Theologie an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin. Sein bis heute in einigen Auflagen erschienenenes Buch „Theologie der Auferstehung“ wird erstmals 1930 verlegt. Gegen den NS-Staat beteiligt sich K. von Anfang an am kirchlichen Widerstand in der „Jungreformatorischen Bewegung“ und der Bekennenden Kirche. K.s Kritik an Alfred Rosenbergs Rassenlehre (Der Mythos des 20. Jahrhunderts) mit: „Antwort auf den Mythos. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythos und dem biblischen Christus“ bewirkt seine Verfolgung durch die nationalsozialistische Diktatur: 1937 erhält er Rede- und Schreibverbot. Im Rahmen seiner Mitarbeit bei der Bekennenden Kirche erhält K. 1938 die kleine Diasporagemeinde Starnberg. 1944 wird er Dekan des Kirchenbezirks Erlangen. 1946 zunächst Honorarprofessor für systematische Theologie an der Universität Erlangen; seit 1953 als ordentlicher Professor Nachfolger Werner Elerts. Emeritiert wird er 1969. Bis zuletzt nimmt er an den theologischen Entwicklungen Anteil und steht in Korrespondenz mit Schülern und Freunden.

Früh schon tritt K. in die Auseinandersetzung mit der Theologie Rudolf Bultmanns und dessen Schülern ein, sowohl literarisch als auch in der öffentlichen Disputation (z. B. bei der Sittenser Disputation mit Ernst Fuchs 1964 und auf dem Kontrovers-Kirchentag 1969 in Stuttgart). K. nimmt also nicht allein aktiv am ersten Kirchenkampf (gegen die Deutschen Christen und die nationalsozialistische Ideologie) teil, sondern genauso an dem nur etliche Jahr später beginnenden zweiten. Deshalb arbeitet er von Anfang an bei der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ und der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland mit. Bei der Großkundgebung 1966 in der Dortmunder Westfalenhalle (24.000 Teilnehmer) hält K. das Hauptreferat: „Kreuz und Auferstehung Jesu.“ K. ist der erste Präsident des Theologischen Konvents der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, später viele Jahre, bis zu seinem Tode, dessen Ehrenpräsident und mit in der Schriftleitung des Konventsorgans „Diakrisis“.

K. theologische Arbeit ist stark apologetisch orientiert. Seine Auseinandersetzung mit den ideologischen Mächten und Kräften des 20. Jhd.s, dem Nationalsozialismus, dem Existentialismus (Bultmannsche Theologie) und dem Sozialismus, geschieht von der biblisch-reformatorischen Position aus. Nimmt K. über einen Zeitraum von 70 Jahren an den theologischen Auseinandersetzungen in ihrer ganzen Breite teil, so bilden doch, allerdings durch die Auseinandersetzungen mitbedingt, die Zwei-Reiche-Lehre, eine spezielle Unterscheidung von Gesetz und Evangelium, und die Auferstehung Jesu Themenschwerpunkte seiner theologischen Arbeit.

Literatur von W. Künneth (in Auswahl, außer der bereits genannten): Der Christ als Staatsbürger. Eine ethische Orientierung, 1984; Entscheidung heute. Jesu Auferstehung – Brennpunkt der theologischen Diskussion, 1966; Fundamente des Glaubens. Biblische Lehre im Horizont des Zeitgeistes, 1975; Glaube an Jesus? Christologie und moderne Existenz, 1962; Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet, 1979; Politik zwischen Dämon und Gott. Eine christliche Ethik des Politischen, 1954; Wider den Strom. Christsein in den Begegnungen mit dem Zeitgeist. Eine biblisch-theologische Studie, 1989.

Festschriften für W. Künneth: Christsein in einer pluralistischen Gesellschaft. Walter Künneth zum 70. Geburtstag, hg. v. Hans Schulze und Hans Schwarz, 1971; Bekennen in der Zeit. Walter Künneth zum 80. Geburtstag, hg. v. Wulf Metz, 1981; Christuszeugnis im Nebel des Zeitgeistes. Nicänisches Glaubensbekenntnis heute. Walter Künneth zu Ehren, hg. v. Ulrich Asendorf und Friedrich-Wilhelm Künneth, 1979.

Über W. Künneth informiert kurz: Lexikon des Konservatismus, 1996, S. 338 – 340.

Walter Rominger

Auf den PUNKT gebracht

EVANG. ALLIANZ

AfeT: Einseitige Partei- nahme

Der AfeT (Arbeitskreis für evangelikale Theologie in Verbindung mit der Deutschen Evangelischen Allianz) kündigt die Verleihung des **Johann-Tobias-Beck-Preises** für den 11. Dezember 2004 im Theologicum der Universität Tübingen an. Der Brief des Vorsitzenden Dr. Rolf **Hille** an die Mitglieder nennt nicht den Namen des Preisträgers - Dr. Heinzpeter **Hempelmann**, der seit Jahren umstrittene Chef-Theologe der CTL-Seminare, die in St. Chrischona, Tabor (Marburg/L.) und Bad Liebenzell Prediger für landeskirchliche Gemeinschaften ausbilden. Mit seiner „Hermeneutik der Demut“ beansprucht Dir. Hempelmann, „**unüberbietbar bibeltreu**“ zu sein, obwohl er die Definition der Bibeltreue durch die Chikago-Erklärung zur Irrtumslosigkeit (I) ablehnt und sich von der historisch-kritischen Methodik nicht grundsätzlich distanziert. Hempelmann ist übrigens auch Preisträger des umstrittenen hoch-dotierten **Templeton-Preises** (vgl. hierzu E. Brüning, DER FREMDE AGENT. Freimaurerei, Vatikan und die Evangelikalen, Wuppertal 2004). Durch Satzungsänderung hat sich der AfeT mit dem Förderkreis für

evangelikale Theologie e.V. zum **AfeT e.V.** zusammengeschlossen. Vorsitz: Pfr. Dr. Rolf Hille, der frühere Vorsitzende der Dt. Ev. Allianz.
U.a. n. AfeT 29.VII.'04 / Info'brf. der Bekenntnisbeweg. VIII' 04/26

*- „Bibeltreu“ muß Gegenbegriff zu „bibelkritisch“ bleiben! Der AfeT und die Allianz verlieren ihr Profil und ihre Daseinsberechtigung vollends, wenn sie bibelkritische Positionen nicht nur dulden, sondern nun gar auszeichnen. Den Preis an Hempelmann zu verleihen, bevor der Streit um seine Theologie bereinigt ist, stellt eine **provokant einseitige Parteinarbeit** dar. Diese ist geeignet, die innere Spaltung der Allianz zwischen Bibeltreuen und Neoevangelikalen weiter zu vertiefen.*

WERTEZERSTÖRUNG Kinderfeindlichkeit: Adoption durch Homos?

Bundesjustizministerin **Zypries** hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nun auch im Adoptionsrecht die Gleichstellung von Homo- und Heterosexuellen bringen soll., d.h. weitere rechtliche und finanzielle Ansprüche sollen legitimiert werden. In einer Pressemitteilung kritisiert Thomas **Rachel**, der Vorsitzende des EAK (Ev. Arbeitskreis der

CDU/ CSU), daß der Entwurf den wohlbegründeten **besonderen Schutz** für Ehe und Familie (Art. 6 ,1 GG) einebne. Das Kind brauche Vater und Mutter als Eltern. Durch den Entwurf drohen die grundlegenden Rechte der leiblichen Eltern in den Hintergrund zu geraten.

Rachel: „Ehe und Familie sollen weiterhin **Leitbild** unserer Gesellschaft bleiben. Sie böten die beste Grundlage für Kinder, in einer umsorgten Umgebung aufzuwachsen und von Vater und Mutter für den eigenen Lebensweg zu lernen.“ n. EAK 2.VII. / Ev. Verantwortung VII/VIII'04/9 - *Von Homo-Paaren adoptierte Kinder sind vergleichsweise häufiger Opfer sexuellen Mißbrauchs - ein Faktum, das allein schon genügen sollte, das Gesetz zu stoppen.* gku

Rückblick August 2003: **Signal für „Homo-Ehe“**

Als erster Generalsekretär der Vereinten Nationen hat Kofi **Annan** als Teilnehmer einer Homo-Konferenz ein allgemeines Recht des Einzelnen gefordert, die Lebensform selbst zu wählen. Allerdings schränkte er ein, die Vereinten Nationen müßten sich wegen Uneinigkeit in dieser Frage aus der Diskussion heraushalten. Trotzdem wirkt seine Meinungsäußerung als Signal, besonders in der Homo-Lobby. - Annan ist auch als Befürworter von Abtreibung bzw. Bevölkerungskontrolle hervorgetreten. BAK-Pkt 243

Erneuerung und Abwehr 5/2004

Erneut bestätigt: Es gibt kein Homo-Gen

Obwohl von der seriösen Wissenschaft längst widerlegt, wird in einer gezielten Desinformations-Kampagne immer noch behauptet, Homosexualität sei angeboren, Veranlagung, genetisch bedingt und deshalb eine „natürliche Variante der Sexualität“. Nun liegt auch vom Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft eine Erklärung vor: „Von heterosexuellen Empfindungen abweichende Gefühle, wie z.B. homosexuelle, sind nicht angeboren. Studien, die eine einseitige biologische Erklärung von Homosexualität belegen wollten, sind bisher gescheitert und werden auch von der Homosexuellen-Lobby nicht mehr angeführt.“ Homosexualität ist aus biologischer Sicht eine **Krankheit**, da sie die Arterhaltungsfunktionen stört, aus psychologischer Sicht eine erworbene **Sexualneurose** und nach der Bibel **Rebellion** gegen das göttliche Gesetz.

n. Kurier der CM VII'04/4 / Vgl. J.-B. Klautke: Die Schamlosen erheben sich, ZS 71; G. Ulrichs: Antichristliche Strategie, ZS 66 - kostenlos: BAK, Waldecker Str. 10, 34128 Kassel, Rufax 0561-883502

Niederlande: Massen-Mißbrauch des Sterbehilfegesetzes

Die Warnungen vor Mißbrauch des 2001 beschlossenen „Sterbehilfegesetzes“ haben sich erneut

bestätigt: Ärzte „töten“ jährlich rd. 1000 Menschen ohne ihre Zustimmung. Aus Angst, Opfer zu werden, tragen viele ältere Niederländer eine „Lebenswunsch-Erklärung“ bei sich. Den Behörden werden jährlich rd. 1800 „Tötungen auf Wunsch“ gemeldet. Umfragen belegen, daß weitere 1200 „Tötungen“ unregistriert blieben.

n. IDEA-Sp. 29'04/11

• *Da die Bedingungen des Gesetzes - ausdrückliche, mehrfache Bitte um Tötung, unerträglich leidend, aussichtslos krank - nicht respektiert werden, muß dieses menschenverachtende Gesetz sofort abgeschafft werden. gku*

BR Deutschland: Ermittlungen gegen Pro Familia

Verschiedene Staatsanwaltschaften ermitteln gegen Abtreibungseinrichtungen der „Pro Familia“ wegen des Verdachts der **Werbung für Schwangerschafts-Abbrüche** (gegen § 219a StGB). In diesen Einrichtungen werden (It. Angaben von Pro Familia aus den 90er Jahren) 77% der Abtreibungstötungen in der BR Deutschland vorgenommen. Für diese „medizinischen Leistungen“ würde Pro Familia 2003 etwa 40 Mio. Euro erhalten. - Das Familienplanungs-Zentrum Kassel hat bereits entsprechende Angebote aus dem Internet genommen. Initiative „Nie wieder!“, Weinheim. 9.VII.04

ERZIEHUNG

Vereinigte Staaten: Bilderflut für Zweijährige

36% der US-amerikanischen Kinder unter zwei Jahren haben einen Fernseher im Zimmer, 27% ein Video- oder DVD-Gerät, 7% einen Computer. Zwei Drittel der Kinder in diesem Alter nutzen Bildschirm-Medien wie Fernsehen, DVD oder Computer täglich durchschnittlich etwa 2,2 Stunden bei Einjährigen, 3,6 Stunden bei Dreijährigen.

Laut einer 1300 Kinder umfassende Langzeit-Studie kann das häufige Fernsehen bei Kleinkindern in späterem Alter zu **Aufmerksamkeits-Störungen** (unkonzentriert, impulsiv, ablenkbar, ruhelos, Probleme mit Abhängigkeiten) führen. Biologische Begründung: Im Alter von 1-3 Jahren bilden sich neue Synapsen, das Gehirn wird „neu programmiert“. Der elektronische Bilder-Hagel kann die normale Entwicklung stören. Pediatrics It. Factum 4'04

**Jesus Christus spricht:
Selig sind, die reinen Herzens
sind; denn sie werden
GOTT
schauen.
Matthäus 5,8**

RELIGIONS- UNTERRICHT

Brandenburg: Straßburg soll RU-Diskriminierung beenden

Siebzig Eltern und Schüler aus der Mark Brandenburg, die grobenteils auch schon an den zwei (2002 und 2004 gescheiterten) Verfassungsbeschwerden beteiligt waren, suchen nun ihr Recht beim **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** in Straßburg/Elsaß.

Seit der Wiedervereinigung fordern sie den im Grundgesetz (Art. 7,3) als „**ordentliches Lehrfach**“ garantierten Religionsunterricht (RU), 1996-2001 auch unterstützt von etwa 290 Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, der evangelischen Landeskirche, drei katholischen Bistümern samt katholischen Eltern und Schülern. Die meisten an der gebündelten Verfassungsbeschwerde Beteiligten ließen sich von dem gemeinsamen Ziel abbringen, weil ein vom Bundesverfassungsgericht vorgeschlagener „**Vergleich**“ die Diskriminierung des RU zu beenden versprach. Die Hoffnung darauf trog: Weder der „Vergleich“ noch das darauf gestützte Schulgesetz sicherte den unverzichtbaren Status des RU als gleichberechtigtes „ordentliches Lehrfach“, obwohl das höchste Gericht genau diese Vorschrift des

Grundgesetzes hätte bestätigen müssen (Art. 1,3 GG).

Der „Vergleich“ scheiterte am Widerspruch von 15 der 29 evangelischen Eltern und Schüler. Trotzdem übernahm der Landtag diesen gescheiterten Vergleich in das 3. Schulgesetz (August 2002). Da die verbliebenen Kläger durch sorgfältiges Lesen den Betrug durchschaut hatten, erhoben sie, nun in wachsenden Klägerzahlen, sofort eine 2. Verfassungsbeschwerde gegen die fortdauernde Diskriminierung des RU bzw. die entsprechenden Verletzungen von Grund- und Menschenrechten. Als diese 2. Beschwerde im Januar 2004 ohne Urteil zurückgewiesen worden, blieb der Gang nach Straßburg als einzige Möglichkeit übrig. Da das Schulgesetz wie auch die entsprechende Praxis an den brandenburgischen Schulen auch gegen das „Zusatzprotokoll“ zur Menschenrechtskonvention verstoßen, erhoffen die Eltern und Schüler, in Straßburg endlich ein Urteil zu bekommen, das die Landesregierung zwingt, den RU im Sinne des Grundgesetzes zu respektieren. Das würde bedeuten, daß die Bevorzugung des nichtchristlichen Faches LER ebenso aufhört wie die intolerante Benachteiligung des freiwilligen, aber gleichberechtigten RU.

BAK Pkt 243 VIII'04/2

**Die Furcht des HERRN ist
der Anfang der Erkenntnis.
Sprüche 1,7**

KATHOLIZISMUS

Niederlande: „Miterlöserin Maria“

1945 bis 1959 hatte Ida Peerdeman Marien-Erscheinungen, deren „übernatürlicher Ursprung“ 2002 vom katholischen Bischof von Haarlem-Amsterdam formell anerkannt wurde,

Die Erscheinung soll gesagt haben: „Ich bin Maria, die Frau und Mutter aller Völker!... Der Herr hat mich gesandt, um als Mutter den Menschen zu helfen.“ Sie ruft zu Umkehr, Gebet und Liebe auf. Sie mahnt, daß die Kirche zur heiligen Eucharistie als ihrem Mittelpunkt zurückfinde, und verheißt „alle Schafe in eine Herde“ zurückzubringen.

Sie stellt sich als „Miterlöserin“ vor. Nachdem Pius XII. 1950 das Dogma von der Aufnahme Mariens in den Himmel verkündet hatte, sprach „die Frau aller Völker“, der Papst möge als verbindliche Glaubenswahrheit verkünden, daß Maria „Miterlöserin, Mittlerin und Fürsprecherin“ im Heilsplan Gottes für uns Menschen ist, zusammen mit Jesus Christus, ihrem Sohn. Laut Botschaft vom 15. Nov. 1951: „Miterlöserin war ich schon bei der Verkündigung“ (des Engels). Die „Gottesmutter“ prophezeite, dies Dogma werde nach viel Widerstand als letztes Dogma der marianischen Geschichte verkündet - dann werde „de Vrouwe van alle Volkeren“ der Welt „den wahren Frieden schenken.“

n. hmb/gku Fatima-Ruf 178/09'02/8f.

/ Maria, das Zeichen der Zeit '02/ III

Erneuerung und Abwehr 5/2004

- Das „*solus Christus*“ (allein Christus) der Reformatoren beruft sich auf die Heilige Schrift: „... es ist **ein** Gott und **ein** Mittler zwischen Gott und den Menschen, nämlich der Mensch Christus Jesus“ - 1. Tim, 2,5; vgl. Joh. 14,6; Luk. 11,27f..(gku)

ÖKUMENISIERUNG Widerstand gegen das Abdriften der Allianz

Gegen eine evangelikal-katholisch-charismatische Ökumene hat sich **Friedemann Wunderlich**, der Leiter der Süd-Ost-Europa-Mission gewandt. Dammsbrüche in den vergangenen Jahren machten deutlich, daß die heutige Evangelische Allianz nicht mehr die Allianz unserer geistlichen Väter und Mütter ist. Wunderlich regt eine neue Allianz-Bewegung an, in der sich Christen zusammenfinden, die sich nicht „naiv oder unwissend von der Kirche Roms vereinnahmen lassen und die den Mut haben, sog. Sonderlehren als Irrlehren zu bezeichnen“.

Die Dt. Ev. Allianz sieht sich von Wunderlichs Ausführungen nicht betroffen. Seine Kritik richte sich offenbar gegen den Europatag, an dessen Planung die Allianz nicht beteiligt gewesen sei..

lt. IDEA-Sp. 30'04/8

ISLAM

Haß-Propaganda: Wurzel im Koran

In einem Interview mit der Zeitschrift PRO (KEP) stellt der Islam-Wissenschaftler **Dr. Hans-Peter Raddatz** klar: „Die Entwicklung des West-Bildes“ in den arabischen Medien entspricht der Radikalisierung des Islams in den letzten drei Jahrzehnten. So wie sich der Islamismus immer mehr als „Leitkultur“ etablieren konnte, so haben sich auch seine brutale Ideologie und Sprache verbreiten können. Vergessen wir aber nicht, daß der Kern der Haß-Propaganda gegen Israel und den Westen seine Wurzel im Koran hat, wo man aggressive Stellen gegen Juden und andere „Ungläubige“ findet. - Der **Islamismus** ist eben nicht, wie hierzulande monoton behauptet wird, vom **Islam** zu trennen.“

Trotz der vielen Todesopfer halte die bundesdeutsche Politik an dieser fragwürdigen These fest. „Sie erweist sich damit als nützliche Dienstfunktion für den radikalen Islam. Ob man damit langfristig dem Frieden dient, darf bezweifelt werden.“

Raddatz erwartet kein Einschreiten gegen die Haß-Propaganda - weder von der EU, die verurteilt hat, sie wolle die islamische Gewalt nicht kritisieren, noch von den Vereinten Nationen, unter denen viele mit der antiwestlichen Strategie der Islamisten sympathisieren.

n. PRO (KEP/WZ) 3'04/bf. / Vgl.
Hamb.Abendbl. (HH) 15.V11.'04/5

Berlin: Islam-Unterricht in Bindung an das Grundgesetz?

In einem Interview hat sich Landesbischof **Wolfgang Huber** erneut für eine „Gruppe von Unterrichtsfächern“ ausgesprochen, zu denen außer Religionsunterricht (RU) und einem Ethik-Unterricht, der diesen Namen verdient, auch „islamischer Religionsunterricht“ gehören soll. Laut Huber muß „die Stellung des RU verändert werden, weil nur so das Problem des Islam-Unterrichts zu lösen ist. Es ist nämlich nicht lösbar, wenn man die unterschiedlichen Anbieter einfach nebeneinander zum Zuge kommen läßt - und sogar nach der in Berlin herrschenden Rechtslage zum Zuge kommen lassen muß.“ Für den Unterricht der Islamischen Föderation müßten dieselben Qualitätskriterien gelten wie für die anderen Fächer, was „selbstverständlich die Bindung an die Maßstäbe unserer Verfassung“ beinhalte.

n. Rheinischer Merkur 29'04/16

- *Die Islamische Föderation ist eine Tarnorganisation der vom Verfassungsschutz beobachteten IGMG (Milli Görüs). Der Islamische Unterricht ist voller Agitation. 3.300 Schüler an 28 Schulen nehmen daran teil`. Nur vier der 23 islamischen Lehrkräfte haben ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. - In Berlin leben über*

200.000 Türken, davon leben 42% von Sozialhilfe, was einer Last von 3 Mrd. Euro entspricht,.

Wie kann Bischof Huber erwarten, daß echte Muslime ihre Maßstäbe - Koran, Hadith, Scharia - unserem Grundgesetz tatsächlich unterordnen! Christlicher Glaube ist echt, wenn er Kirche und Staat trennt; muslimischer Glaube aber ist nur echt, wenn er Religion und Politik als untrennbare Einheit respektiert, Es ist unrealistisch zu erwarten, daß Islam-Unterricht auf einen Unterricht nur in islamischer Religion zu reduzieren sei; er wird immer auch politischer Unterricht sein und das heißt: unintegrierbar bleiben. gku

Komplizen: Al-Qaida und Mafia

Die islamistische Terrororganisation Al-Qaida und europäische Mafia-Organisationen sind eine Art „Allianz“ eingegangen: Die Mafia liefert Waffen, Al-Qaida Drogen - vor allem aus Afghanistan. Die Drogen-Umsätze sollen einen Jahresumfang von etwa 150 Mio. Euro betragen. Das Vermögen der Al-Qaida wird auf fast 5 Mrd. Euro geschätzt. In Europa will sie verstärkt Europäer in die kleinen Basis-Zellen einbeziehen. Mit Briten, Deutschen und Albanern soll dies schon gelungen sein. n. Vertr. Mittel. (BÜS) 3561/2

**Weh denen, die Böses gut
und Gutes böse nennen!**
Jesaja 5,20

POLITIK

BR Deutschland: Versteckte Arbeits- losigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist seit 1998 (Schröders Regierungsantritt) von knapp 3,9 Mio. auf 4,2 Mio. gestiegen - laut amtlicher Zählung. Durch Tricks sind Arbeitslose „verschwunden“: Die Gemeinden beschäftigen rd. 400.000 Sozialhilfe-Empfänger, die sonst als „arbeitslos“ registriert werden müßten. 165.000 sind von der Bundesagentur für Arbeit in vollzeitlicher Weiterbildung „geparkt“ worden, weitere 110.000 in „ABM“. In Personalservice-Agenturen sind rd. 26.000 „Arbeitslose“ versteckt. 142.000 Selbständige versuchen sich in „Ich-AGs“. Die Zahl der Frühverrentungen ist weiter gestiegen. Chancenlose Arbeitslosengeld-Empfänger über 58 Jahre können sich aus der Statistik streichen lassen - vermutlich eine Million Menschen. Etwa 2 Mio. würden gern arbeiten, haben aber aufgegeben, sich arbeitslos zu melden...

Summe: etwa **8,5 Mio. = 18 Prozent!** Ist das die Zahl, an der sich Kanzler Schröder messen lassen wollte?

n. Vertr. Mittel. (BÜS)
20.V11.'04/1

EUROPA

Europäische Union: Freimaurer-Flagge

Die Zahl der Sterne auf der EU-Flagge (vgl. Offb. 12,1) bleibt auf

zwölf begrenzt - trotz der Osterweiterung. Der Fünfzack, auch Drudenfuß oder Pentagramm, in der Symbolik der Freimaurer „flammender Stern“ genannt, stellt kosmische Kräfte, zugleich auch unsichtbare Geister dar. Graf Coudenhove-Kalergi, ein Hochgrad-Maurer, gründet 1923 die Paneuropa-Union; 1947 ist er Geburtshelfer der europäischen Parlamentarier-Union. In seiner Schrift „Pan-Europa“ ist zu lesen: „Diese Flagge ...soll einst von Portugal bis Polen wehen über einem einzigen Weltreich des Friedens und Freiheit.“

u.a. n. Kurier der CM VII'04/4

- Die *Europa-Ideen der Nachkriegszeit* waren föderalistisch geprägt („*Europa der Vaterländer*“), Die meisten Bundesdeutschen haben nicht gemerkt, daß sich das Ziel längst verschoben hat - hin zu einem bürokratischen Moloch „Zentralstaat“. Seine moralische Dekadenz wird notdürftig mit dem undefinierbaren Schlagwort „Wertegemeinschaft“ verschleiert. Nicht einmal die Kirchen setzen sich entschlossen für den Gottesbezug in der EU-Verfassung ein. Inwieweit der Widerstand gegen den Gottesbezug in der EU-Verfassung auch freimaurerischen Einflüssen zuzuschreiben ist, bleibt unklar. In Frankreich soll die Nation über die EU-Verfassung abstimmen, teilte Chirac am Nationalfeiertag mit. Wenn sich die Bundesregierung zu demselben Schritt gezwungen sähe, würde sie das Nein vieler Christen riskieren -

nicht nur wegen der freimaurerischen Flagge. gku

RECHTSCHREIB- REFORM Zurück zur klassischen Rechts- schreibung!

Die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ begrüßt die jetzt auch vom Spiegel-Verlag und der Axel-Springer AG angekündigte Rückkehr zur klassischen deutschen Rechtschreibung. „Im Gegensatz zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die erst auf die neuen Regeln umgestellt hatte und dann nach einem Jahr wieder zur alten Rechtschreibung zurückgekehrt war, haben wir diesen Unsinn von Anfang an nicht mitgemacht“, erklärt JF-Chefredakteur Dieter Stein. Daß jetzt, wenn auch sehr spät, Spiegel-Verlag und Springer ebenfalls zurückkehren wollen, sei „eine Bestätigung für den konsequent von Anfang an praktizierten Boykott der Reform durch die JUNGE FREIHEIT“, so Stein. Das Kippen der Rechtschreibreform werde zu einem riesigen Aufatmen in Deutschland führen. „Es ist der größte politische Durchbruch seit dem Mauerfall“, erklärte Stein. JF-
Presseinfo 8.8.04

Ethische Orientierungen in der aktuellen Euthanasie-Debatte

2. Teil

3. Folgerungen für die Beurteilung der verschiedenen Formen der Euthanasie

3.1. Zur aktiven Euthanasie. Aus dem, was wir im letzten Teil grundsätzlich aus der Heiligen Schrift festgestellt haben, ist deutlich, daß die aktive Euthanasie verboten ist, also jede Form, in der jemand, sei es nun ein Arzt, eine Pflegekraft oder sonst jemand, den Tod eines Patienten beschleunigt oder verursacht. Dabei ist es gleichgültig, ob die betreffende Person um die Tötung gebeten hat oder nicht.

Zur biblischen Untermauerung ist hinzuweisen auf das 6. Gebot: 2.Mos. 20,13; 5.Mos. 5,17 sowie auf das Urteil Gottes über die *pharmakoi* („Zauberer“): Offb. 21,8; 22,15. Es ist Gott, der dem Menschen das Leben gegeben hat, und darum darf kein Mensch es ihm nehmen.

3.2. Zur passiven Euthanasie. Die Unterscheidung zwischen Beenden des Lebens und Beenden der Behandlung ist im Prinzip legitim. Während das Beenden des Lebens, die *aktive Euthanasie* unerlaubt ist, kann ein Beenden der Behandlung geboten sein, und zwar um eine medizinische Behandlung nicht bis zum bitteren, sondern bis zum verantwortbaren Ende fortzusetzen. Einerseits dürfen wir keinen Patienten töten, andererseits aber haben wir ihn sterben zu lassen.

Anders als bei dem Thema der Abtreibung geht es bei der Euthanasie thematik nicht nur darum, zu betonen, daß ein Mensch nicht getötet werden darf, sondern auch darum, darauf hinzuweisen, daß menschliches Leben nicht „beliebig“ verlängert werden darf. Es ist vor Gott unverantwortlich, das Leben eines anderen zu nehmen, aber wir haben auch kein Recht dazu, das Leben eines Menschen

aus medizinischem Ehrgeiz oder entsprechenden Motiven zu verlängern.

Wann konkret der Zeitpunkt eintritt, an dem es verantwortet werden kann, eine Behandlung zu beenden, kann selbstverständlich nicht vom grünen Tisch aus festgelegt werden. Hierzu bedarf es für jeden einzelnen Fall des medizinischen Sachverständes.

Noch ein Wort zur Terminologie: Auch wenn heute allgemein das Beenden der Behandlung als *passive Euthanasie* bezeichnet wird, halte ich diesen Ausdruck nicht für glücklich, weil man dadurch das Beenden einer Behandlung bei der Euthanasie unterbringt. Das aber schafft für die ethische Beurteilung m. E. Verwirrung.

3.3. Probleme zwischen aktiver und passiver Euthanasie im Bereich der Intensivmedizin. Gerne wird heute die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Euthanasie als unsinnig bezeichnet und dementsprechend verworfen. Man begründet das damit, daß durch die moderne medizinische Technik die Grenze zwischen der Todesbeschleunigung bzw. Tötung einerseits und andererseits dem Erlauben, der Natur ihren Lauf gehen zu lassen, vernebelt worden sei. Zur Verdeutlichung weist man unter anderem auf folgendes: Ein künstliches Herz wird weiterhin schlagen, selbst nachdem der Patient (sonst) gestorben ist. Der Arzt muß das Gerät - aktiv - ausschalten. Ein spastisch Gelähmter kann an einer Herz-Lungenmaschine noch jahrelang „leben“. Wenn diese ausgeschaltet wird, stirbt er sofort, übrigens sehr qualvoll.

Zurecht macht man darauf aufmerksam, daß es in solchen Situationen bewußter, aktiver, geistiger Entscheidungen bedarf. Daraus zog man die Folgerung, die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Sterbehilfe sei heutzutage gegenstandslos.

Dazu ist folgendes zu sagen: Es ist richtig, daß die hier getroffene Unterscheidung zwischen Beendigen des Lebens und Beendigen der Behandlung zeitlich oft zusammenfallen kann. Aber dadurch wird das Beenden der Behandlung noch nicht zur aktiven Euthanasie. Vielmehr ist hier der Beweggrund des Arztes zu berücksichtigen.

Ein Handlungsgefüge besteht sowohl aus Motivation (Gesinnung), als auch den Mitteln sowie den Folgen (bzw. Zielen) einer Handlung. Tatsächlich kann das Mittel einer Tat (Abschalten der Maschine) und die Folge (der Patient stirbt) identisch sein. Aber die Motivation kann sehr unterschiedlich sein: Wenn der Arzt vor Gott sagen kann, daß

er bei einem Patienten eine Behandlung abbricht, den nicht er, sondern den Gott an das Ende seines Lebens gebracht hat, dann ist das etwas anderes als die Aussage: Ich will das Leben des Menschen beenden. Wir kommen hier nicht darum herum, nach dem Beweggrund zu fragen. Die Einstellung ist beim Beenden des Lebens eine völlig andere als beim Beenden der Behandlung.

3.4. Zur indirekten Euthanasie. Wie ist nun der Fall zu beurteilen, in dem aufgrund einer medizinischen Therapie das Leben – unbeabsichtigt – verkürzt wird? Zum Beispiel kann eine Morphin-Schmerztherapie - unbeabsichtigt („indirekt“) - dazu führen, daß der betreffende Patient eher stirbt als ohne diese Schmerztherapie.

Hierzu folgendes: Wenn das primäre Ziel eine Hilfeleistung für den Patienten ist, also nicht Tötung, sondern Schmerzbekämpfung, so ist es ethisch unbedenklich, dem Patienten diese Hilfe zu leisten. In der christlichen Ethik spricht man hier von der *Lehre des doppelten Effektes*. Denn noch einmal: Das Ziel der Maßnahme ist nicht die Lebensverkürzung, sondern die Schmerzlinderung. Die Lebensverkürzung ist lediglich die in Kauf zu nehmende Nebenwirkung.

3.5. Aufrechterhaltung der Grundpflege. Auch wenn die therapeutische Behandlung abgebrochen wird, ist die Grundpflege auf jeden Fall weiterhin zu gewähren. Die Grundpflege besteht in allen jenen Verrichtungen der Krankenpflege, die dem Wohlbefinden des Patienten dienen. Dazu gehören Schmerzlinderung, Reinigung, also alle Maßnahmen der Körperhygiene, Bettung: Lagerung des Patienten, Ernährung: eventuell Zufuhr von Flüssigkeit und Nahrung, und zwar auch bei bewußtlosen Patienten.

Weil das Letztere heute umstritten ist, sei es hier noch einmal nachdrücklich unterstrichen. In den USA ist in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Regelung eingeführt worden, daß das Zuführen von Nahrung und Flüssigkeit zur Behandlungspflege zu zählen sei (anstatt zur Grundpflege). Die Konsequenz: Indem man die Therapie abbricht, beendet man auch das Zuführen von Nahrung bzw. Flüssigkeit (zum Beispiel durch nasogastrische Schläuche).

Ferner gehört alles das zur Grundpflege, was für das seelische Wohlbefinden des Patienten erforderlich ist. Solange der Patient bei Bewußtsein ist, zählen dazu nicht zuletzt die mitmenschliche Zuwendung, also ihn anzusprechen, bzw. sich ihm zuzuwenden.

Kurzum: Nach Abbrechen der Behandlung bleibt als vorrangiges Ziel die Schmerzlinderung und die Sorge um ein erträgliches, möglichst schmerzfreies Leben, sofern möglich in vertrauter Umgebung. Ein Verweigern dieser Grundbedürfnisse, etwa mit der Begründung, das Leben sei nur noch ein lebensunwertes, bewußtloses Dahinvegetieren, das für andere eine kaum erträgliche Last darstelle, ist im Licht des Wortes Gottes vorbehaltlos zurückzuweisen. Es wäre Ausdruck von Menschenverachtung.

3.6. Patientenverfügung. Noch ein Wort zur sogenannten *Patientenverfügung*, auch *Patientenbrief*, *Lebenstestament*, oder auch *Patiententestament* genannt: Hier geht es um eine gesetzlich geregelte Willenserklärung, in der man schriftlich festlegt, daß man zum Beispiel nach einem Verkehrsunfall mit ernstem Gehirnschaden nicht oder nur eine bestimmte Zeit wiederbelebt werden möchte. Es kursieren verschiedene Patiententestamente. In einem heißt es:

„Sollten Diagnose und Prognose von mindestens zwei Fachärzten ungeachtet der Möglichkeit einer Fehldiagnose ergeben, daß meine Krankheit zum Tode führen und mir nach aller Voraussicht große Schmerzen bereiten wird, so wünsche ich keine weiteren diagnostischen Eingriffe und keine Verlängerung meines Lebens mit den Mitteln der Intensivtherapie. Sollte ich eine Hirnverletzung oder eine Gehirnerkrankung haben, durch die meine normalen geistigen Funktionen schwerwiegend und irreparabel geschädigt worden sind, so bitte ich um Einstellung der Therapie, sobald durch mindestens zwei Fachärzte festgestellt wird, daß ich künftig nicht mehr in der Lage sein werde, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.“

Moralisch wird das Unterzeichnen einer solchen Erklärung damit begründet, daß man auf diese Weise den Angehörigen oder auch den Ärzten die Entscheidung über eine Wiederbelebung abnehmen möchte.

Die juristische Diskussion darüber ist in vollem Gang, und es gibt unterschiedliche Vorschläge. Im Kern aber werden an eine „Patientenverfügung“ folgende drei Bedingungen geknüpft.

1. Die Erklärung darf nicht zu lange vorher abgelegt worden sein.
2. Der Betreffende darf nicht in der Lage sein, die Erklärung zu bestätigen oder zu widerrufen
3. Der Arzt muß annehmen, daß der Betreffende unter den vorliegenden Umständen noch an seine Erklärung gebunden sein will.

Es ist deutlich, daß dieses letzte Kriterium die endgültige Entscheidung doch wieder dem Arzt zuweist. Wenn der Arzt zu dem Urteil kommt, eine Wiederbelebung habe Erfolgsaussichten, dann wird er trotz des Patiententestamentes therapeutische Maßnahmen einleiten, obwohl er selbstverständlich vorher nicht mit völliger Gewißheit sagen kann, ob der Patient durch seinen Eingriff wieder auf die Beine kommt oder ob er stattdessen in einen langwährenden Zustand der Bewußtlosigkeit oder des Koma gerät.

In der Literatur, die sich mit Patientenverfügungen beschäftigt, wird immer wieder die Frage aufgeworfen: „... wie kann man sicher sein, daß an der zugrunde gelegten Wertungsskala auch unter veränderten Bedingungen noch festgehalten würde? So „vernünftig“ es etwa in gesunden Tagen erscheinen mag, daß ein Pianist bei Lähmung seiner Finger oder ein Wissenschaftler bei Trübung seines Bewußtseins lieber tot sein möchte, wie kann man wissen, ob er diese Entscheidung auch dann noch treffen würde, wenn tatsächlich nur noch die Alternative zwischen einem beeinträchtigten Leben und Leben überhaupt bleibt.“³⁴

Der Mediziner M. v. Lutterotti bezeichnet den Todeswunsch eines Gesunden in Form einer notariell beglaubigten Erklärung sogar als „ein anthropologisches Fehlurteil: Der Gesunde könne die Situation des Sterbens nicht antizipieren.“³⁵

All dieses sollte uns vorsichtig machen, die Bedeutung eines Patiententestamentes zu überschätzen.

4. Zur aktuellen Euthanasiedebatte

Um das bisher Ausgeführte zu veranschaulichen und vielleicht zu konkretisieren, wollen wir zur aktuellen Euthanasiedebatte einen Zugang über die jüngste Geschichte finden.

4.1. Euthanasie vor und im „Dritten Reich“. Werfen wir zunächst einen Blick in die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts. Be-

34 A. Eser, *Zwischen Heilauftrag und Sterbehilfe*. Köln 1977, S. 114.

35 A. Eser, *Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem*. Stuttgart 1978, S.

reits in der Zeit vor dem Dritten Reich wurde die Frage nach der Euthanasie sozialdarwinistischen Überlegungen unterworfen. In den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts kann man in diesbezüglichen Abhandlungen – und zwar keineswegs nur in deutschsprachigen, sondern auch in englischen, französischen und amerikanischen – Formulierungen antreffen wie „leere Menschenhüllen“ und „Gnadentod aus Barmherzigkeit“.

Aus einer solchen Terminologie wurde allerdings nur in Deutschland, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, die Konsequenz gezogen, als diese Gedanken mit einer in der neueren Geschichte einmalig konsequenten Grausamkeit in die Tat umgesetzt wurden. Das Programm nannte sich: *Vernichtung lebensunwerten Lebens* oder auch: *Aktion Gnadentod*.

Doch zunächst ging es auch im nationalsozialistischen Deutschland keineswegs um Tötung von Menschen, sondern man begann mit Maßnahmen zur „Rassenhygiene“, die mit dem Bestreiten des Rechtes auf Fortpflanzung einsetzten: Behinderte, psychisch Kranke und mißliebige Personengruppen, wie Sinti und Roma, Homosexuelle und Kommunisten wurden sterilisiert.

Nach dieser vorbereitenden Phase wurde die eigentliche *Aktion Gnadentod* durch einen auf den 1. September 1939, den Tag des Kriegsausbruchs, zurückdatierten geheimen Führererlaß eingeleitet.³⁶ In dem von Hitler unterzeichneten Schreiben an Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt wird angeordnet:

„Die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte sind so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“

Die Kranken wurden in Bussen abgeholt und teilweise bereits auf der Fahrt vergast oder zu Tode gespritzt. Zu den Pfarrern und Kritikern im Dritten Reich gehörten Friedrich von Bodelschwingh und Paul Gerhard Braune, der Leiter der *Lobetalarbeit* in Bernau. Diese Männer versuchten, ihre Kranken vor den Massenmördern zu schützen.

36) Aus der Fülle der Literatur zu diesem Thema greife ich rigoros heraus: A. Mitscherlich & F. Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*. 1948 (Neuausgabe: Fischer TB 2003); K. Nowak, *„Euthanasie“ und Sterilisation im „Dritten Reich“*. Göttingen 1980²; E. Klee, *Euthanasie im NS-Staat*. Frankfurt 1983; G. Koch, *Euthanasie - Sterbehilfe, Eine dokumentierte Bibliographie*. Erlangen 1984; K.H. Roth (Hg.), *Erfassung zur Vernichtung*. Berlin 1984.

Doch erst als sich nach öffentlichen Äußerungen kirchlicher Vertreter wie Bischof Graf von Galen, Landesbischof Th. Wurm und Friedrich von Bodelschwingh unter der deutschen Bevölkerung insgesamt Unruhe ausbreitete, veranlaßte Hitler am 24. August 1941, das Euthanasieprogramm abzubrechen. Allerdings wurde es insgeheim, namentlich außerhalb des Deutschen Reiches, fortgesetzt. Man sprach von *wilder Euthanasie*.

Den gesamten Aktionen zur Vernichtung sogenannten „lebensunwerten“ Lebens fielen in den anderthalb Jahren vom März 1940 bis zum Herbst 1941 schätzungsweise 200 000 bis 300 000 Personen zum Opfer: Hauptsächlich zählten dazu Behinderte und psychisch Kranke, aber auch Personengruppen, die bereits von der Sterilisierung betroffen waren, also Sinti und Roma, Homosexuelle und Kommunisten. Die Erkenntnisse, die in diesen Vernichtungsaktionen gewonnen wurden, bildeten die Grundlage für die Vernichtung der rassistisch und politisch unerwünschten Personengruppen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.

4.2. Anfänge der Diskussion um die Euthanasie in der Nachkriegszeit. In der deutschen Nachkriegsgeschichte schwieg man die Probleme der Euthanasie zunächst weitgehend tot. Es kam zwar zu Dokumentationen über die Euthanasie im Dritten Reich. Hier ist zu denken an diejenige A. Mitscherlichs und F. Mielkes. Aber derartige Zusammenstellungen führten nicht zu einer grundlegenden Aufarbeitung des Geschehens.

In den 60er Jahren kamen dann wieder altbekannte Töne auf. In dieser Zeit entwarf J. Fletcher, bekannt durch sein Buch *Situationsethics*, eine Lehre über den Menschen (Anthropologie), in der das Menschsein mit des Menschen rationalen, geistigen Fähigkeiten identifiziert wurde. Dort wo derartige Fähigkeiten nicht vorhanden seien, wie etwa bei mit schweren geistigen Schäden geborenen Kindern, oder dort, wo sie in Verlust geraten seien, wie bei alten, dementen Menschen, handele es sich um Daseinsformen des Lebens, die, so Fletcher, nicht (mehr) das Prädikat „Mensch“ für sich in Anspruch nehmen können und die man deshalb von einem derart elenden, menschenunwürdigen Dasein erlösen solle. Eine solche Handlungsweise bewertete J. Fletcher als ein Gebot der Humanität: Die Menschen sollen vor derartigen Daseinsweisen bewahrt werden, sei es, daß sie sich selbst, im Sinne Nietzsches, davon befreien, sei es, wenn sie selbst dazu nicht mehr in der Lage sind, weil sie die

dazu erforderlichen Fähigkeiten eingebüßt haben, daß andere, namentlich Ärzte, sie davon befreien.

Trotz dieser unmißverständlichen Aussagen beteuerte Fletcher, daß seine Überlegungen nichts mit den NS-Verbrechen zu tun hätten. Denn, so erläuterte er, ihm gehe es primär um die Befreiung dieser Wesen von dem Elend ihres Daseins und um die Entlastung der Angehörigen. Allenfalls an dritter Stelle habe er auch die Entlastung der Gesellschaft von den Pflegekosten im Auge.

Bald konnte man vereinzelt auch wieder in Europa Stimmen hören, sogar in der Bundesrepublik Deutschland, die die Ansichten Fletchers unterstützten.³⁷ Dabei war man allerdings sichtlich darum bemüht, den Gesichtspunkt des Nutzens für die Gesellschaft auszusparen. Stattdessen legte man Wert auf die Feststellung, daß es allein um die Erlösung des Menschen von einem ihm nicht zumutbaren Elend gehe, von der Befreiung aus einem menschenunwürdigen „Dahinvegetieren“: Was man einem Tier gewähre, den Gnadentod, die erlösende Spritze, dürfe man einem Menschen nicht verweigern. Einer der ersten Vertreter in unserem Land, der die Diskussion wieder anfachte, war der ehemalige Bonner Studentenpfarrer St. Dixon: Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre war der gebürtige Amerikaner mit der in den USA bereits im Gang befindlichen Diskussion über Euthanasie sehr vertraut. Im Grunde vertrat er die gleiche Sichtweise, die in den USA von dem Situationsethiker Joseph Fletcher propagiert worden war.

4.3. Verstärkung der Euthanasiediskussion durch die Kritik an der technisierten Medizin („Unmenschliche Apparatemedizin“).

Eine stärkere Befürwortung der Euthanasie in der Öffentlichkeit entstand dann in den 70er Jahren, und zwar im Rahmen der Kritik der neomarxistischen *Frankfurter Schule* an unserer angeblich technokratischen Zivilisation: Die technisierte Medizin habe in den Krankenhäusern zu Einseitigkeiten geführt, die als inhuman, als unmenschlich zu bewerten seien.

4.4. Euthanasiegesellschaften. Die Forderung, daß der Mensch ein Recht habe, über sein Leben frei verfügen zu dürfen und folglich sich den Tod zu geben, wann er wolle und dazu auch die Hilfe von

37) Vergleiche dazu: U. Eibach, *Medizin und Menschenwürde*. Wuppertal, S. 286ff. Erneuerung und Abwehr 5/2004

Ärzten in Anspruch nehmen dürfe, wurde dann gezielt von Gruppierungen wie der *Humanistischen Union* erhoben.

Massiv setzte die Propaganda für die Freigabe der Euthanasie durch die sogenannten *Euthanasiegesellschaften* ein. Gegen Ende der 70er / Anfang der achtziger Jahre entstanden nahezu in jedem Land der westlichen Hemisphäre Vereinigungen, die wenigstens eines der folgenden Ziele, und in den meisten Fällen alle drei, verfolgten:

1. das Recht auf freiwillige Euthanasie: Tötung auf Verlangen. Gelegentlich sprach man von Mitleidstötung (*mercy killing*);
2. das Recht auf Beihilfe zum Suizid und das Recht, frei Informationen darüber zu verbreiten, wie man Suizid begehen kann. Bezeichnenderweise wurde von „Selbsterlösung“ (*selfdeliverance*) gesprochen);
3. das Recht von Patienten, im Endstadium einer Erkrankung lebensrettende oder lebensverlängernde Maßnahmen zu verweigern.

Zu beachten ist allerdings, daß nicht nur die erklärten Ziele und Schwerpunkte der Euthanasiegesellschaften unterschiedlich waren und sind, sondern ihre Sprecher verwendeten Begriffe wie „Euthanasie“, „passive Euthanasie“, „Recht auf Sterben“, „Sterben in Würde“, „Sterbehilfe“ in sehr unterschiedlicher Weise. In manchen ihrer Veröffentlichungen verstand man unter Euthanasie allein die „Tötung auf Verlangen“ und bezeichnete diese Maßnahme als „Sterben in Würde“. Andere wollten von „Sterben in Würde“ lediglich dann, wenn der Patient über das Recht verfüge, lebensverlängernde oder lebenserhaltende Maßnahmen abzulehnen. Man setzte sich für dieses Recht ein, aber nicht (unbedingt) für das aktive „Töten auf Verlangen“. Eine weitere Verwirrung entstand durch die von manchen von ihnen verbreitete These, bei „aktiver Euthanasie“ handle es sich gar nicht wirklich um das Töten eines Patienten. Zum Beispiel erklärte ein niederländischer Arzt, der ein namhafter Befürworter der Tötung auf Verlangen war und diese auch ausübte: „Ich hasse das Wort, einen Patienten zu „töten“. . . Euthanasie bedeutet nicht, einen Patienten zu töten. . . Wir meinen, daß es sich in Wirklichkeit um eine würdige letzte Handlung bei der Sorge um Patienten im Endstadium handelt.“

Diese Sprachverwirrungen und Mehrdeutigkeiten der verwendeten Begriffe, Ausdrücke und Formulierungen trugen und tragen zweifellos nicht zur Klarheit bei. Dazu kam, daß angesichts der Verschie-

denheit der gesetzlichen Regelungen zur Tötung auf Verlangen (*mercy killing*) in den jeweiligen Staaten es nicht überraschen kann, daß die Befürwortung und Förderung der Ziele durch die einzelnen Gesellschaften mit unterschiedlichem Nachdruck erfolgte. In Großbritannien, den USA und Kanada, wo freiwillige Euthanasie (Tötung auf Verlangen) ein Tötungsdelikt darstellt, drängen die Euthanasiegesellschaften stark auf eine Legalisierung der Tötung auf Verlangen und schlagen sogar ein eigenes Gesetz zu diesem Zweck vor. In Holland hingegen, wo „Mitleidstötung“ bereits geduldet wird, auch wenn sie formell noch nicht entkriminalisiert ist, liegt der Schwerpunkt der Euthanasiegesellschaften anders. Dort zielt man darauf, das Gesetz so zu ändern, daß es den Ärzten gestattet wird, auf einen Totenschein ganz offen „Euthanasie“ zu schreiben, wenn dieses die tatsächliche Todesursache war.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahr 1980 eine Euthanasiegesellschaft mit dem Namen *Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben* (DGHS) gegründet. Da keine Mitgliederzahlen veröffentlicht werden, ist nicht bekannt wie viele Mitglieder die DGHS hat. Es dringen auch immer weniger Informationen an die Öffentlichkeit. Anfangs zahlte jedes Mitglied pro Jahr 50,- DM. Eine Lebensmitgliedschaft kostete 550,- DM für Einzelpersonen, 850,- DM für Ehepaare. Dafür erhielt jedes Mitglied viermal im Jahr die Zeitschrift *Humanes Leben - Humanes Sterben*. Ferner bekam es vier Formulare, die sogenannten Patientenverfügungen, in denen das Mitglied seinen Willen bezüglich Sterbehilfe und Freitod bekunden konnte. Die Freitodanleitung *Menschenwürdiges und selbstverantwortliches Sterben* erhielten Mitglieder nach einem Jahr ihrer Mitgliedschaft. Wenn ein Mitglied jedoch durch ein ärztliches Attest eine tödliche Krankheit nachweisen konnte, war es möglich, die Broschüre bereits vor Ablauf der Jahresfrist zu erhalten. Eine Garantie, daß der Freitod gelingt, gab man nicht. Stattdessen mußte jedes Mitglied folgende Verpflichtung unterschreiben: „Ich verpflichte mich, die DGHS in keiner Weise haftbar zu machen, wenn unter Benutzung dieser Broschüre ein Freitodversuch scheitern sollte.“ Ferner mußte man sich dazu verpflichten, die Broschüre für die Durchführung des Freitods dauernd im Kuvert und unter Verschuß zu halten und sie nicht an Dritte auszuhändigen. Bevor man den Suizid ausübte, war man verpflichtet, die Broschüre an die DGHS zurückzuschicken oder Vor-sorge für deren Rücksendung zu treffen.

Die DGHS litt nicht an Geldmangel. Bereits im Jahr 1988 wurde das Vereinsvermögen auf über 1 Million DM geschätzt. Im Augenblick ist es allerdings sehr still um die deutsche Euthanasiegesellschaft geworden, zumal ihr Vorsitzender, Hans Henning Attrot, ins Gefängnis wanderte.

Soviel ist jedoch deutlich: Wenn auch über die Zahl der gegenwärtigen Mitglieder nichts bekannt ist, so steigt die Anzahl der Sympathisanten.

4.5. Der Horizont der gegenwärtigen Euthanasie-Diskussion im Spiegel der Massenmedien

Bezeichnenderweise setzten ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre verstärkt Berichte in den Medien ein, die immer positiver, immer verständnisvoller über Euthanasie sprachen.

Bahnbrechend waren hier die Morde im Wiener Krankenhaus Laim im Jahr 1989. Nachweislich waren diese Tötungshandlungen mitverursacht durch die öffentliche Diskussion um die sogenannte Sterbehilfe. Allerdings empfand man das Geschehene noch weitgehend als entsetzlich. Dr. Dieter Mitrenga vom Vorstand des Marburger Bundes kommentierte das Ereignis folgendermaßen:

„Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient hat durch die *Gesellschaft für Humanes Sterben* und Leute wie Professor Hackethal schweren Schaden genommen. Die Kranken sind verunsichert, wissen nicht mehr, ob sie zu einem Heiler oder Töter kommen. Vor dem Hintergrund solcher Irrlehren kann es passieren, daß sich auch Krankenschwestern und anderes Personal berufen fühlen, über Leben und Tod zu entscheiden.“

Etwa zur selben Zeit erschien in der Wochenzeitung *Die Zeit* (23. Juni 1989) ein drei Seiten langer Artikel, in dem die Überlegung geäußert wurde, es sei zu bedenken, ob „aktive Sterbehilfe“ für schwerbehinderte Neugeborene nicht legalisiert werden müsse, um so den betroffenen Kindern und Eltern zu helfen.

Am 15. April 1996 stellte die Bild-Zeitung in einer fettgedruckten Balkenüberschrift die Frage: „Kann man diesen Sohn bestrafen?“ Es wurde dann von einem Sohn (44) berichtet, der seine Mutter (80) durch eine Überdosis Morphium getötet hatte. Durch solche Suggestivfragen kreierte man eine Mentalität des verständnisvollen Tötens: Töten als verantwortliche Tat und Mitleid mit dem Täter.

4.6. Das Menschenbild Peter Singers als Rechtfertigungsgrund für Euthanasie

Im Augenblick wird die Diskussion in der Euthanasie von den Auffassungen des australischen Moralphilosophen Peter Singer dominiert. Vor allem ist hier auf seine *Praktische Ethik*³⁸ zu verweisen. Was will Singer? Indem Singer davon ausgeht, daß die normsetzende Wirkung des Christentums in unserer Zeit überholt ist, vertritt er eine konsequent säkulare Ethik:

„Das Christentum ist nicht mehr die einzige anerkannte Grundlage unserer moralischen Überzeugungen und Gesetze. In einer pluralistischen Gesellschaft, die die Trennung von Kirche und Staat akzeptiert, lassen sich Gesetze nicht damit rechtfertigen, daß sie mit den Lehren einer bestimmten Religion übereinstimmen.“³⁹

Stattdessen bekennt sich Singer zu den Prinzipien des Utilitarismus (Nützlichkeitsdenken). Das Paradigma, in dem er argumentiert, ist das Leiden, das - so Singer - die Tiere ebenso verspüren wie wir Menschen. Beim erwachsenen Menschen werde das Maß des Leidens im Vergleich zu einem Tier deswegen vergrößert, weil er das Leiden bewußt erwartet. Aber aus demselben Grund sei sein Leiden auch im Vergleich zu einem Baby größer. Darum, so Singer, sei ein erwachsener Mensch in einem höheren Maße gegen Leiden zu schützen als ein Tier oder als ein Baby.

Der Australier zieht aus diesem Ansatz folgenden Schluß: Weil die Leidensfähigkeit eines geistig behinderten Menschen oder eines Babys in dieselbe Kategorie gehört wie die Leidensfähigkeit eines Tieres, darf derjenige, der Experimente an einem Tier befürwortet nicht einen geistig Behinderten oder einen Säugling davon ausschließen.⁴⁰

Indem Singer diese prinzipielle Gleichheit zwischen Mensch und Tier feststellt, in der es lediglich graduelle Abstufungen gibt, will er nicht zu Experimenten an geistig behinderten Menschen aufrufen, sondern im Gegenteil:

„Ich möchte allerdings unsere Überzeugung, daß es unrecht wäre, geistig behinderte Menschen so zu behandeln, gern auf nichtmenschliche Lebe-

38) Peter Singer. *Praktische Ethik*. Oscar Bischoff, Jean-Claude Wolf u. Dietrich Klose [Übers.]. Stuttgart 1994².

39) Peter Singer und Helga Kuhse, *Muß dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener*. Jutta Schust [Übers.] Erlangen 1993, S. 159.

40) Peter Singer, *Praktische Ethik*. a.a.O., S. 87-88.

wesen übertragen wissen, die auf einer ähnlichen Stufe des Selbstbewußtseins stehen und ähnliche Leidensfähigkeit besitzen.⁴¹

Gleichwohl bleibt festzuhalten: Der aus der Tierrechtsbewegung stammende Moralphilosoph lehnt einen prinzipiellen Unterschied zwischen einem nicht-selbstbewußten Tier und einem nicht-selbstbewußten Menschen ab.

Nachdem er diese Grundlage aufgezeigt hat, sucht Singer im vierten Kapitel seiner *Praktischen Ethik* die Frage zu beantworten, warum Töten eigentlich Unrecht ist. Von vornherein lehnt der australische Philosoph den spezifisch religiösen Sinn des Begriffes „Heiligkeit oder Unantastbarkeit des Lebens“ im Sinne einer besonderen, qualitativen Schutzwürdigkeit des menschlichen Lebens ab.⁴² Vielmehr drängt er dazu, den Begriff „menschliches Wesen“ neu zu definieren: Nicht jedes Mitglied der Spezies *homo sapiens* sei bereits ein menschliches Wesen. Denn, so Singer, eine derartige Definition würde auch einen Fötus von der Zeugung an sowie einen geistig Behinderten einschließen.⁴³ Stattdessen stellt er eine Liste mit „Indikatoren für Menschsein“ auf.

Um von einem Menschen sprechen zu können, muß, so Singer, der Betreffende über folgendes verfügen: Selbstbewußtsein, Selbstkontrolle, Sinn für Zukunft, Sinn für Vergangenheit, die Fähigkeit, mit anderen Beziehungen zu knüpfen, sich um andere zu kümmern, Kommunikation und Neugier.⁴⁴ Das heißt: Während die Fähigkeit zur Autonomie und Selbstbestimmung ein menschliches Wesen definiert, zeigt die Unfähigkeit zur Autonomie den nichtmenschlichen Status an.

In seiner weiteren Argumentationsführung sucht Singer den Begriff „menschlich“ überhaupt zu vermeiden. Stattdessen will er zwischen einerseits „*Mitgliedern der Spezies Homo sapiens*“ und andererseits „*Personen*“ unterscheiden: Nicht jedes Mitglied der *Spezies Homo sapiens* sei eine *Person*. Weil, so Singer, ein nicht-selbstbewußtes Wesen von einem Schutz seines Lebens nicht wirklich profitieren könne, sei es auch nicht schutzwürdig:

„Wenn ein Wesen unfähig ist, sich selbst als in der Zeit existierend zu begreifen, brauchen wir nicht auf die Möglichkeit Rücksicht zu nehmen, daß

41) *Ebd.*, S. 109-110.

42) *Ebd.*, S. 116.

43) *Ebd.*, S. 118.

44) *Ebd.*

es wegen der Verkürzung seiner künftigen Existenz beunruhigt sein könnte.⁴⁵

Das heißt, ein solches Wesen darf getötet werden.

5. Kritische Anmerkungen zur gegenwärtigen Euthanasie-Diskussion

Fassen wir zusammen und bewerten wir die Euthanasie-Debatte der letzten Jahrzehnte: Häufig hört man die Behauptung, die gegenwärtige Diskussion über Formen der „Sterbehilfe“, insbesondere über die „Tötung auf Verlangen“ sei lediglich eine Reaktion auf die der Medizin teils unterstellten, mitunter aber wirklich vorkommenden technokratisch-inhumanen, lebensverlängernden Behandlungsmaßnahmen.

Aber der Verlauf der Euthanasiedebatte zeigt, daß sie nur zu einem geringen Teil Folge des Anwachsens der medizinischen Technik ist. Allenfalls sekundär liegt der Grund für die gegenwärtige Euthanasie-Debatte in durch die medizinische Technik hervorgerufenen problematischen Lebens- bzw. Sterbensverlängerungsmaßnahmen. Primär sind es weltanschauliche Vorgaben, die zu einer Änderung in der Einstellung zur Euthanasie geführt haben. Geändert haben sich also keineswegs nur die medizinischen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Krankheiten und dem Hinauszögern des Todes, sondern die Einstellung zu Leben, nicht zuletzt zu Krankheit und Tod.

Dieses alles kulminiert in dem Begriff der *Entscheidungsfreiheit*, der bei einem Mann wie Peter Singer einen so zentralen Stellenwert bekommt, daß er überhaupt nur dann von einem Menschen im Sinn einer Person sprechen will, wenn er den von ihm selbst vorher aufgestellten Freiheits- und Autonomiekriterien entspricht. Daß dieses Menschenbild nicht nur inhuman, sondern auch im Licht der Heiligen Schrift nicht akzeptabel ist, braucht hier nicht noch einmal betont zu werden. Hier kann an das erinnert werden, was über den Menschen als Bild Gottes aus der Heiligen Schrift ausgeführt wurde.

Aber aufgrund der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen ist nicht nur Singers Paradigma abzulehnen, in dem er festlegen will, wer überhaupt ein Mensch ist und wer nicht und wer getötet werden darf und wer nicht, sondern auch sein Freiheits- und Autonomieverständnis ist zurückzuweisen, auch wenn es heute von denen vertreten wird, die Singers Anthropologie nicht teilen. Die Heilige Schrift macht

45) *Ebd.*, S. 125.

deutlich, daß die Gottebenbildlichkeit jedes Menschen sein Gebundensein an Gott voraussetzt (siehe Röm. 1,18ff).

Denn das heute weit verbreitete Freiheits- bzw. Autonomieverständnis steht in einem kategorialen Gegensatz zum christlichen Freiheitsverständnis. Gemäß dem Wort Gottes meint Freiheit Bindung an und Abhängigkeit von Gott. Freiheit ist die im Glauben an Gott geschenkte Befreiung von mir selbst, um Gott zu vertrauen und den Nächsten zu lieben.

Im Licht der Heiligen Schrift ist die zur Begründung der Selbsttötung und der „Tötung auf Verlangen“ ins Feld geführte These, es gehöre zur spezifischen Freiheit des Menschen, daß er über die Sinn- und Werthaftigkeit seines Lebens selbst uneingeschränkt verfügen und sich gegebenenfalls töten darf, zu bestreiten. Kein Mensch ist dazu berechtigt, über das eigene und erst recht nicht über das Leben eines anderen ein letztgültiges Urteil zu fällen. Ein derartiges Verfügungsrecht steht allein dem Schöpfer des Lebens selbst zu.

Demgegenüber ist es für einen Menschen nicht unwürdig, in Krankheit und Sterben die Entmächtigung seiner Persönlichkeit zu erfahren. Indem der Mensch im Sterben und im Tod sich ganz entrissen und auf Gott geworfen wird, sind Sterben und Tod zu erleiden. Sterben und Tod sind Ausdruck des Gerichtes Gottes und keine Taten des Menschen, durch die er sich selbst „vollendet“.

Abschließend ein Zitat:

„Wer nur nach dem Nutzwert eines Menschen fragt, fragt unmenschlich. Selbst wenn ein Mensch überhaupt keinen Nutzwert für die Gemeinschaft hat, wenn er leistungsunfähig ist, hat er einen ungeheuer großen Wert vor Gott: die Würde eines von Gott geliebten Geschöpfes. Es ist ein selbstüberheblicher Pharisäismus, wenn sich eine Gesellschaft auf Kosten der Kranken und Schwachen «reinigen» und ins Recht setzen will. Es ist die Anmaßung, sein zu wollen wie Gott, wenn eine Gesellschaft meint, die Existenz von (äußerlich) unvollkommenem Leben verhindern oder auslöschen zu können. Hier bestimmt der Mensch, wer Mensch ist. Hier setzt sich der Mensch an die Stelle Gottes. Die Folge ist die Herrschaft des Menschen über den Menschen, die Propagierung des «Übermenschen» (Nietzsche) - und damit der Verlust der wahren Menschlichkeit. Wir brauchen wieder mehr Menschlichkeit in einer unmenschlichen Gesellschaft. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der der Mensch als Mensch zählt und nicht nur nach seiner Nützlichkeit eingestuft wird. Das bedeutet, daß wir es lernen sollten, behinderte Menschen - ob geboren oder ungeboren - bedingungslos anzunehmen und zu lieben.“⁴⁶

⁴⁶ Lothar Gassmann/Ute Griesemann, Abtreiben – Fragen und Entscheidungshilfen, Stein am Rhein, 2. Aufl. 1989, S. 58.

Wenn Kinder zu Hause zur Schule gehen...

Die deutsche und internationale Heimschul-Bewegung

Vorbemerkung des Schriftleiters: Wir sind dankbar für jede Schule, die noch dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist. Ich selbst bin – wie auch andere Vorstandsmitglieder der Evangelischen Notgemeinschaft – (beratendes) Trägerkreismitglied in einer Evangelischen Bekenntnisschule. Was aber soll geschehen, wenn es keine solche Schule in der Nähe gibt und die staatlichen Schulen mehr oder weniger dem Geist der 68er-Kulturrevolution mit der Auflösung aller christlichen Werte verfallen sind? Dann bleibt als Alternative die Heimschule (engl. homeschool), die allerdings in Deutschland – im Unterschied zu anderen Staaten – leider noch keine staatliche Anerkennung genießt. Unser Vorsitzender Ulrich Motte war einer der Redner beim Heimschulkongreß in Nürnberg am 24. April 2004. Im Folgenden ein (leicht gekürzter) Bericht von Schuzh (Schulunterricht zu Hause) über diesen Kongreß und die Ergebnisse.

Der Kongreß stand unter dem Thema „Homeschooling macht Schule“ und befaßte sich mit der Entwicklung des Homeschooling in den USA und in Deutschland. Homeschooling nahm in beiden Ländern etwa zeitgleich seinen Anfang, aber zeigt heute - 25 Jahre danach - einen sehr unterschiedlichen Stand. Während in den USA das Homeschooling heute gleichwertig neben den öffentlichen Schulen besteht, muß dieser Status in Deutschland noch erreicht werden.

Der 1. Vorsitzende des Vereins Schulunterricht zu Hause (Schuzh), Rechtsanwalt Armin Eckermann, zeigte die deutsche Schulentwicklung nach dem 2. Weltkrieg von der christlich geprägten staatlichen Schule bis zur meinungs- und werteppluralistischen Schule der Gegenwart auf und machte deutlich, daß diese Wandlung im Schulwesen Christen aller Denominationen herausgefordert hat. Sie begegneten dieser Herausforderung mit der Gründung christlicher Bekenntnisschulen und wo dies nicht möglich war, mit schulischer Unterrichtung zu Hause.

Inzwischen werden in Deutschland ca. 500 Schulpflichtige aus den unterschiedlichsten - also nicht nur christlichen - Gründen zu Hause unterrichtet und sind deshalb staatlichen Maßnahmen wie Strafverfahren, Bußgeldern, Zwangsgeldern, Zwangszuführung der Schulpflichtigen in die staatliche Schule und auch Einschränkungen ihres Sorgerechts ausgesetzt. Aufgabe des Vereins Schuzh ist es, diesen Eltern beizustehen - als Vermittler zwischen ihnen und den Behörden und als Vermittler von engagierten Anwälten, falls es zu gerichtlichen Verfahren kommt ...

Wie viele Kinderpersönlichkeiten mit besonderen Begabungen oder auch besonderen Schwächen durch die öffentlichen Schulen (Staats- u. Privat-

schulen) seelisch und körperlich verletzt werden, weil auf ihre Besonderheiten nicht individuell eingegangen werden kann, läßt sich nur erahnen. Die Schulbehörden wollen die Leistung der jungen Menschen fördern, ignorieren dabei aber die Chancen des individuellen Lernens zu Hause.

Richard Guenther, Geschäftsleiter von Schuzh stellte dar, wie durch die globale Vernetzung der Wirtschaft neue Familiensituationen entstehen, die dringend Beachtung finden müssen. Internationale Geschäftsleute und Wissenschaftler werden bei uns in Deutschland gehindert, ihre Kinder nach den staatlich genehmigten Fernschulprogrammen ihres Heimatlandes zu unterrichten und so ihren Kindern eine kontinuierlichen Bildung gemäß den Bedingungen ihres Heimatlandes zu ermöglichen. Eine amerikanische Mutter, selbst Lehrerin und Doktorandin, reist viel mit ihrem Mann, der im Auftrag eines Großkonzerns international arbeitet. Ihre Kinder nehmen sie mit. Sie möchten eine Befreiung vom deutschen Schulsystem für ihre Kinder, erhalten diese aber nicht.

Immer mehr Eltern sehen sich aus verschiedenen, aber verständlichen Gründen verpflichtet, zum Wohle ihrer Kinder deren Bildung selbst wahrzunehmen und unterrichten sie zu Hause, z.B. nach den verschiedenen deutschen und internationalen Fernlehrprogrammen. Über die staatlichen Bedrängnisse berichteten mehrere Betroffene. Eine Familie aus Nürnberg, die unter dem Namen Schonhofer in der Presse bekannt wurde, floh letztes Jahr nach Österreich, um der Zwangszuführung ihrer Tochter zur Schule und dem Sorgerechtsentzug zu entgehen. Dort können die Eltern inzwischen legal und ganz normal ihre Kinder zu Hause selbst unterrichten. Die staatlich zuständige Schule fördert die Homeschool tatkräftig - nicht nur mit Unterrichtsmaterial, sondern auch mit grundsätzlicher Hilfsbereitschaft den Eltern gegenüber. Schule zu Hause und Staatsschule arbeiten in Österreich einvernehmlich im Interesse des Kindeswohls zusammen.

Große Ermutigung erhielten die Kongreßteilnehmer von dem Gastredner Professor Michael P. Farris aus Virginia, USA. Er hat selbst zusammen mit seiner Frau seine 10 Kinder zu Hause unterrichtet und als Rechtsanwalt und Gründer der Homeschool Legal Defense Association wesentlich und entscheidend dazu beigetragen, daß solche Eltern in den USA bei den Gerichten durchdrangen. Als Farris vor 25 Jahren seine Tätigkeit begann, gab es in den USA erst etwa 5000 Homeschooler und nur drei Staaten duldeten die private Unterrichtung. Heute sind es fast 3 Millionen und in allen 50 Staaten ist die Unterrichtung zu Hause erlaubt. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Erfolge der Homeschooler haben beeindruckend die Vorteile der elterlichen Unterrichtung gezeigt: Im Vergleich mit den Schulabgängern der öffentlichen Schulen (staatlichen und privaten) rangierten die Homeschooler durchschnittlich im oberen Siebtel der Leistungs-rangordnung. D.h. nur ein Siebtel der Staatsschüler brachte so gute Testleistungen wie die Homeschooler. Diese Untersuchungen haben auch wi-

derlegt, daß Homeschoolern eine soziale Kompetenz fehle. Das Gegenteil sei der Fall.

Professor Farris zeigte auf, wie wichtig der Einfluß der Eltern auf das soziale Verhalten der Kinder ist. Homeschooler zeigten im Vergleich zu Schülern öffentlicher Schulen viel mehr Gemeinsinn und Interesse an öffentlichen Angelegenheiten. So engagieren sich vierzehnmal so viel ehemalige Homeschooler ehrenamtlich in Vereinen als Abgänger der öffentlichen und privaten Schulen. (Anmerkung: Die Untersuchungsergebnisse können bei Schuzh bestellt werden.)

Farris sagte, daß das Bildungsniveau der Eltern bei der Leistung der Homeschooler keine wesentliche Rolle spiele. Die glänzenden Erfolge sind zu erklären durch die individuelle Förderung und durch die hohe Lernmotivation in einem Klima der Liebe und des Vertrauens. Auch Selbstvertrauen und das moralische Niveau der Homeschooler bzgl. solcher allgemein geschätzten Tugenden wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordentlichkeit, Fleiß und Treue sind bei den Elternschülern wesentlich besser ausgebildet als bei den Staatsschülern. Diese Tugenden gepaart mit solidem Wissen machen die Homeschooler sehr beliebt bei Arbeitgebern und auch bei den Universitäten in den USA.

Farris hat das erste College für Homeschooler in den USA gegründet, das Patrick Henry College in Purcellville, Virginia. Die Studenten sind zu 90 % ehemalige Homeschooler. Diese noch junge Universität zählt heute nach 4 Jahren bereits zu den Top-Universitäten in den USA.

Auch in Deutschland können von ihren eigenen Eltern unterrichteten Schüler gute Leistungen vorweisen. So konnten z.B. hart bedrängte Eltern aus Bayern auf dem Kongreß berichten, daß eine Überprüfung der Lernfortschritte ihrer Kinder durch die staatliche Schule ausgezeichnete nur gute und sehr gute Noten brachte.

Der 1. Vorsitzende von Schuzh wies daraufhin, daß durch deutsche wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag des Bundeskriminalamtes die amerikanischen Ergebnisse von der sozialen Kompetenz der Homeschooler bestätigt werden (veröffentlicht in: „Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen“, 2003). Dort heißt es, daß soziales Verhalten „am besten“ in einer warmen Familienatmosphäre mit „autoritativen“ Normen erzielt wird (ebd., S. 63, 64). Diese Voraussetzungen werden insbesondere beim Schulunterricht zu Hause grundsätzlich erfüllt.

Weil Schüler eben nicht durch den Schulunterricht zu Hause in ihrem Kindeswohl verletzt werden, hat u.a. Frau Dr. Annette Schavan, Kultusministerin von Baden-Württemberg., sich gegen die Durchführung von Sorgerechtsentzugsverfahren in diesem Zusammenhang ausgesprochen.

Rechtsanwalt Dr. Ronald Reichert, Bonn kritisierte, daß das Bundesverfassungsgericht sich ohne nachvollziehbare Begründung geweigert hat, die Verfassungsbeschwerden von Homeschool-Eltern zur Entscheidung anzunehmen, „denn es lägen in der Tat neue verfassungsrechtlich bedeutsame

Fragen vor, über die noch nie zuvor entschieden worden sei." Dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Minderheitenschutz und dem Grundsatz der Pluralität als Kennzeichen eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates habe das Verfassungsgericht keine Beachtung geschenkt. Dr. Reichert ist zuversichtlich, vor dem Europäischen Gerichtshof die Rechte der Eltern erfolgreich geltend machen zu können. Denn nicht nur verpflichtete Art. 2 des Ersten Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention den Staat bei der Ausübung der von ihm auf dem Gebiet der Erziehung und des Unterrichts übernommenen Aufgabe „das Recht der Eltern zu achten, die Erziehung und den Unterricht gemäß ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen“, sondern auch in fast allen anderen europäischen Staaten werde eine Unterrichtung zu Hause unter staatlicher Aufsicht erlaubt.

Auf der kongreß-begleitenden Homeschoolmesse wurde interessantes und hilfreiches Lehrmaterial angeboten. Ein international praktiziertes Home-schoolprogramm bis zum britischen Abitur (Level 3), von der „School of Tomorrow“ wurde von der Basler Modellschule ZEILE vorgestellt. Zwei deutsche Fernschulen waren vertreten und zeigten ihr bewährtes und staatlich zugelassenes Fernschulmaterial mit Leistungstests und fachlicher Lehrerbetreuung.

Die deutsche fernschule (df) aus Wetzlar ist schon seit Jahrzehnten erfolgreich etabliert und unterrichtet deutsche Schulpflichtige im Ausland, Missionars- und Diplomatenkinder sowie Kinder von Geschäftsleuten in der globalen Wirtschaft. Im Inland werden Kinder mit speziellem Förderungsbedarf sowie ADS-Kinder bereits durch die df unterrichtet. (www.deutsche-fernschule.de)

Die Flexschule aus Breisach hat sich besonders bewährt bei schwierigen Schülern, die sich der staatlichen Schule verweigern oder aus sozialen Problemen heraus die öffentliche Schule nicht besuchen. 90 % der Flex-Schüler erreichen durch den Fernunterricht den externen Hauptschul-Abschluß und erlangen damit den Wiedereinstieg in die Gesellschaft (www.flex-schule.de). Sprecher der Flex-Fernschule, Dirk Pottbäcker, wies auf dem Kongreß darauf hin, daß Frau Bundesbildungsministerin Bulmahn in Berlin am 25. April dieses Jahres zwei Flex-Schüler als „Fernschüler des Jahres 2003“ ehrt. Frau Bulmahn hat damit die Bedeutung des Homeschoolings für unsere Gesellschaft erkannt und durch diese Ehrung besonders hervorgehoben.

Schuzh hat die vielfältigen Gründe dargestellt, die Eltern und Schüler zum Unterricht zu Hause geführt haben: Hochbegabung, Schwachbegabung, Glaubensgründe, Gesundheitsgründe (z.B. ADS), Schulverweigerung. Der Schuzh-Kongreß hat deutlich gemacht, daß Homeschooling in Deutschland wie in den USA erfolgreich ist und eine dem Kindeswohl dienende alternative Schulform neben den öffentlichen Schulen darstellt.

Schuzh will daher weiter an der Aufgabe arbeiten, in der Öffentlichkeit, bei Behörden und Gerichten Verständnis für die Eltern, die Ihre Kinder zu Hause unterrichten wollen, zu erwirken und nach Wegen zu suchen, Home-schooling in das deutsche Schulsystem zu integrieren. Die Schulfreiheit sichert die allgemeine Freiheit, sagte Ulrich Motte, Publizist, der zu diesem Thema auf dem Kongreß sprach.

Eckermann schloß seinen Vortrag mit der Frage: Warum sollte in Deutschland nicht möglich sein, was Irland so in seiner Verfassung verankert hat: *„Es steht den Eltern frei, für diese Erziehung in ihrer Privatwohnung, in Privatschulen oder in staatlich anerkannten oder eingerichteten Schulen zu sorgen. Der Staat darf die Eltern nicht dazu verpflichten, ihre Kinder unter Verletzung ihres Gewissens in staatliche Schulen zu schicken.“*

Und warum sollte in Deutschland nicht möglich sein, was das Nachbarland Österreich in seinem Schulpflichtgesetz wie folgt geregelt hat: *„Die allgemeine Schulpflicht kann durch die Teilnahme an häuslichem Unterricht erfüllt werden, sofern der Unterricht gleichwertig ist gegenüber den öffentlichen Schulen. Der zureichende Erfolg der Hausunterrichtung ist jährlich vor Schulabschluß durch eine Prüfung nachzuweisen.“*

Anschrift von Schuzh (Schulunterricht zu Hause) e.V.:

Buchwaldstr. 16, D-63303 Dreieich,

Tel. 01805-724894, Fax 0700-48368435

Email: info@schuzh.de

Internet: www.schuzh.de

Spendenkonto: Schulunterricht zu Hause, Konto-Nr. 6639119, Volksbank Dreieich, BLZ 505 922 00

Buchempfehlungen:

Thomas Mayer/Thomas Schirrmacher (Hrsg.), **Wenn Kinder zu Hause zur Schule gehen. Dokumentation**, VTR, Gogolstr. 33, 90475 Nürnberg, 2004, 259 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-933372-87-9

Deutsche Fernschule, **Lernen als Lebensstil. Die Herausforderung der Homeschool-Bewegung**, Verlag deutsche fernschule e.V., Wetzlar 2004, 128 Seiten, 11,80 Euro, ISBN 3-927009-01-6

Lothar und Anna Gassmann

Kirchen und Christen in Lettland

Eindrücke bei einer Vortragsreise im Baltikum

Abschied mit Tränen

Beim Abschied im Fährhafen in Ljepaja/Lettland flossen viele Tränen. Fast alle Besucher der dortigen Hauskirchengemeinde begleiteten uns nach dem Abschluß einer zweiwöchigen Vortragsreise, die durch verschiedene Städte Lettlands geführt hatte, zum Schiff. Während unseres Besuchs in diesem baltischen Staat vom 11.-24. Juni 2004 waren freundschaftliche Kontakte gewachsen.

Verners Steinbergs, Lehrer und Übersetzer der neuen 95 Thesen aus dem Lutherjahr 1996 ins Lettische, hatte - in Verbindung mit Santa Cilevica, der Sekretärin des konservativen lutherischen Erzbischofs Janis Vanags - ein volles Programm für uns vorbereitet: 18 Vorträge in 11 Tagen, dazwischen 3 Tage Erholung. Wird das zu bewältigen sein? So fragten wir uns mit einer gewissen Sorge, zumal wir bei dieser beschwerlichen Reise per Bahn, Fährschiff und Auto unsere beiden kleinen Kinder (2 Jahre und ein halbes Jahr alt) mitnehmen wollten. Meine Frau Anna, die fließend deutsch und russisch spricht, sollte mich bei einem Teil der Vorträge übersetzen. Doch Gott Lob und Dank: Der HERR hat Segen und Bewahrung geschenkt. Abgesehen von kleinen Infektionen, sind wir gut durch die Tage gekommen. Alle Vorträge konnten gehalten werden. Es gab regen Austausch und viele Fragen. Besonders bemerkenswert war die Ausdauer der lettischen und russischen Besucher, denn kaum eine Veranstaltung dauerte weniger als drei Stunden.

Endzeitliche Erscheinungen weltweit

Der baltische Staat Lettland ist mit 64.000 Quadratkilometern etwa doppelt so groß wie Belgien, doch hat er mit 2,3 Mio. Bewohnern nur ein Fünftel der belgischen Bevölkerungszahl. Aufgrund der drückenden Arbeitslosigkeit auf dem Lande herrscht eine massive Zuwanderung in die Städte, insbesondere in die Hauptstadt Riga, in der ca. die Hälfte der lettischen Bevölkerung lebt. Rund um Riga befindet sich der einzige Autobahngürtel des Landes. Die restlichen „Autobahnen“ sind - nach deutschem Standard - normale Landstraßen und die restlichen Straßen häufig befestigte Feldwege. Während unserer Anwesenheit nahm Lettland zum ersten Mal an einer Europawahl teil. Die Währung in dem neuen EU-Mitgliedsstaat ist nach wie vor der Lats.

Die Kirchen haben - wie auch in anderen Teilrepubliken der früheren Sowjetunion - sehr unter der kommunistischen Propaganda und Verfolgung gelitten. Trotzdem gab es in dieser Zeit große und geistlich tief verwurzelte Gemein-

den. Heute dagegen entstehen durch Irrlehren und Verführungen, die größtenteils aus dem Westen kommen, Spaltungen und Zerstörungen von Gemeinden. Ein Hauptproblem ist - ähnlich wie bei uns - eine zunehmende Verweltlichung durch ein fleischliches „Christentum“, das sich nicht aus der Bibel nährt, sondern aus der postmodernen Spaßgesellschaft. So war ein baptistischer Pastor, der mehrere meiner Vorträge besuchte, geradezu angenehm überrascht, daß ich als Theologe aus dem Westen *keine* Showelemente verwendete und *nicht* zu Klatschen, Tanzen und Kollekteneinsammeln aufrief. Meine Frau wiederum, die bis Anfang der 90er-Jahre in Kasachstan gelebt hatte, war schockiert, wie schnell der Geist der Weltförmigkeit und Lauheit nach der Verkündigung der „großen Freiheit“ in christliche Gemeinden der ehemaligen Sowjetunion eindringen konnte. Viele Fragen der Zuhörer bezogen sich auf die auch in Lettland vordringende ökumenische und charismatische Bewegung und die damit oft zusammenhängende Rock- und Popmusik bis hin zum „Tanz im Gottesdienst“. Der HERR gebrauchte unsere Vorträge, um diesen endzeitlichen Entwicklungen ein wenig entgegenzusteuern.

Harry Potter und Co.

Das am häufigsten angefragte Thema freilich bezog sich auf den "Griff des Zeitgeistes nach unseren Kindern und Jugendlichen". So sind etwa Harry Potter, Pokémon, Starwars, Ghostbusters und ähnliches auch in Lettland längst keine Unbekannten mehr. Mehrere Zuhörer, die bislang positiv über solche Erscheinungen gedacht hatten, nahmen bestürzt die Fakten und Hintergründe aus dem Bereich des Okkultismus zur Kenntnis, die wir vortragen. Eine Schulleiterin aus Grostona hielt nach meinem Vortrag in der Stadthalle von Madona spontan ein Korreferat und widerrief öffentlich ihre bisher positive Haltung zu Harry Potter. Wo sind die Schulleiter in Deutschland und anderen Staaten, die dasselbe tun? (Das Referat ist im Internet zu finden unter www.bible-only.org).

Geistliche Hilfe inmitten großen Elends

Lettland ist überwiegend ein armes Land mit großen Alkoholproblemen, zahlreichen Abtreibungen und viel Okkultismus. Immer wieder sahen wir Menschen, die in Mülltonnen nach Eßbarem suchten. Wir erlebten auch - freilich aus der Ferne - die schlimmen Trinkgelage und okkulten Praktiken, die am längsten Tag des Jahres (24. Juni) in Lettland üblich sind. Auf offener Straße laufen an diesem Tag zahlreiche Menschen mit der Bier- oder Wodkaflasche in der Hand herum und pöbeln andere an. Daher waren auf Wunsch der veranstaltenden Gemeinden auch die Themen „Christsein heute“ und „Geistliche Frucht bringen“ mehrmals gefragt. In einer Selbsthilfegruppe von Alkoholikern und anderen Suchtkranken stellten wir der Selbstverwirklichungsideo-

logie in Psychologie und Gruppendynamik, die keine wirkliche Hilfe bringen können, die Christusnachfolge gegenüber. Besonders beeindruckt waren wir von einer christlichen Schule, die Kinder aus problembeladenen Familien aufnimmt und in der Schüler gemeinsam mit ihren Lehrern in einer Lebensgemeinschaft zusammen wohnen. Durch tägliche Andachten, gemeinsames Singen und Beten und viel persönliche Zuwendung wird ihnen die Liebe Jesu Christi nahegebracht.

Hoffnung für Lettland

In die Zeit, als wir in Lettland waren, fiel die Verabschiedung einer Vereinbarung zwischen Kirchen und Staat, in welcher der Staat den Kirchen mehr Rechte einräumte. Neben finanziellen Erleichterungen wurde zum Beispiel der Zugang zu den staatlichen Massenmedien sowie der Zugang der Seelsorger zu öffentlichen Anstalten ermöglicht. Auch das Recht des Beichtgeheimnisses wurde anerkannt sowie - angesichts des problematischen europäischen Antidiskriminierungs-gesetzes besonders mutig - die Möglichkeit, unerwünschte Personen (z.B. Atheisten) im kirchlichen Dienst abzulehnen. Die Tageszeitungen Lettlands vom 17. Juni 2004 zeigten einen freudestrahlenden Erzbischof Vanags, jedoch nicht ohne diese Vereinbarung kritisch zu kommentieren: Privilegien für die Kirche seien „gegen das lettische Gesetz“, hieß es da.

Vergleicht man die lettische lutherische Kirche jedoch mit deutschen Landeskirchen, so sehen wir, daß jene keineswegs privilegiert ist. Die Einfachheit und Bescheidenheit, die einer Kirche geistlich nur zum Segen dienen kann, zeigte sich zum Beispiel, als wir den Bischofssitz und die im gleichen Gebäude befindliche Luther-Akademie besuchten. Nichts von übertriebenem Pomp und Reichtum war zu sehen, sondern stattdessen ein Ernst und eine Würde, die sich in tiefgründiger geistlich-theologischer Arbeit manifestiert. Direkt über den Räumen des Erzbischofs befindet sich das Büro des Rektors der Luther-Akademie. Es ist der früher viele Jahre in Erlangen/Deutschland segensreich tätig gewesene Prof. Dr. Reinhard Slenczka, den Erzbischof Vanags als geistlich klarstehenden Mann (etwa in Fragen der in der lettischen lutherischen Kirche abgelehnten Frauenordination) nach Riga berufen hat. Die lettische lutherische Kirche unter Erzbischof Vanags ist verbunden mit der amerikanischen Missouri-Synode, insbesondere nachdem deutsche Kirchen wegen des „konservativen Kurses“ in Lettland ihre Beziehungen zu Vanags eingefroren haben. Die Luther-Akademie im Hause des Erzbischofs bildet ein Gegengewicht zur überwiegend liberal geprägten theologischen Fakultät der Universität Riga, die wir am gleichen Tag besuchten. Abends fanden dann drei Vorträge in der

Jesus-Kirche statt, zu welchen uns Rigas Propst Erberts Bikse eingeladen hatte.

Ob im großen Rahmen in einer Kirche oder im kleinen Rahmen in einer Hausversammlung - stets versuchten wir den Einzelnen anzusprechen und seine Fragen zu beantworten, so wie der HERR Weisheit schenkte. Wir sind dankbar, daß wir einen kleinen Beitrag leisten durften zur Glaubensstärkung der lettischen Geschwister. Und wir sind nach Hause gefahren mit der Erkenntnis: Die einzige Hoffnung für das lettische Volk besteht darin, daß es aus der durch die Sowjetideologie, aber auch durch den westlichen Konsummaterialismus und Modernismus geförderten Verweltlichung herausfindet und sich Jesus Christus zuwendet. Daß dies möglich ist - dafür gibt es ermutigende Zeichen, etwa in der von Erzbischof Vanags geführten lutherischen Kirche, aber auch in der in einzelnen Zellen bereits vorhandenen und wachsenden freikirchlich-bibeltreuen Hauskirchenbewegung.

Rezension

'Der Kult mit der Schuld' v. Heinz Nawratil; Universitas Verlag in der F.A.Herbig Verlagsbuchhandlung, München 2002, 256 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 3-8004-1439-2

'Der Kult mit der Schuld' - eine deutsche Befindlichkeit, die für viele geradezu Ersatzreligion geworden ist. Und die mediengemachte Kampagne gegen den rechtschaffenen Christen M. Hohmann zeigte einmal mehr, wie Menschen durch die Betreiber dieses Kultes in der Öffentlichkeit moralisch fertiggemacht werden können.

Schon vor 2 Jahren schrieb A. Grunenberg über 'Die Lust an der Schuld' (besprochen in E&A Nov.2001); komplettierend und mit einer Fülle weiteren Materials dazu nun ein weiteres Buch, das - wenn es nicht schon 2002 erschienen wäre - heute hätte geschrieben werden müssen

Ein eminent wichtiges Buch, das Zusammenhänge aufzeigt und verschiedenartige Erscheinungen der politischen, intellektuell-gesellschaftspolitischen und kirchlichen Szene zurückführt auf gemeinsame Wurzeln eines Hasses auf Deutschland. Ein Haß, der noch durch Import nach 1945 zu einem deutschen Selbsthaß von erschreckenden Dimensionen emporgewuchert ist und heute politische, intellektuelle und kirchliche Wirklichkeit in seinem Würgegriff hält.

Eine 'für alle Zeiten' festgelegte deutsche Schuldfixierung, die die Deutschen für alle Zukunft dazu verurteilen will, 'in Sack und Asche zu gehen' und die gegen jedes Aufbegehren dagegen sofort einschreitet und Menschen moralisch niederknüppeln läßt - mit M. Hohmann als letztem promi-

nenten Opfer - äußert sich in vielfältigen Facetten, von denen der Verfasser verschiedene in Einzelkapiteln behandelt.

Bedrückend die Fülle von Zitaten, in denen Wortführer des politischen, intellektuellen und geistlichen Lebens ihrem Haß auf Deutschland bzw. ihrem deutschen Selbsthaß Ausdruck verleihen - wobei ein besonderes Kapitel das vielfache entschiedene 'Nein!' zur Wiedervereinigung in Erinnerung ruft.

In einem eigenen Kapitel des Psychologen Prof. Herbert Speidel, das sehr viel von dem erklärt, was wir in den Medien und in Politiker-Reden wahrnehmen, wobei die Hintergründe und die Fäden, an denen gezogen wird, undurchschaubar bleiben, werden die Krankheitsbilder deutscher Selbsterniedrigung und deutschen Selbsthasses nachvollziehbar dargelegt. Und es werden die vielfältigen und schnell eskalierenden Abwehr- und Tabuisierungs-Mechanismen angesprochen, die überall da einsetzen, wo es jemand wagt, gegen den 'Kult mit der Schuld' aufzutreten. Allein dieses Kapitel lohnt den Kauf des Buches!

Daß es neben vielem Bedrückendem auch ganz Überraschendes zu entdecken gibt, zeigt ein Zitat des amtierenden US-Präsidenten George W. Bush aus seiner Zeit als Gouverneur von Texas und Präsidentschaftskandidat:

"Schon der Begriff 'ethnische Säuberung' läuft mir eiskalt den Rücken herunter - es ist eine abstoßende Falschbezeichnung, mit der man einem barbarischen Vorgehen einen unverfänglichen Namen zu geben versucht. Eine moralische Nation darf niemals hinnehmen, daß ein Volk wegen seiner Rasse oder Kultur ausgerottet wird. Es ist erschreckend, daß Menschen auch im zurückliegenden halben Jahrhundert, das eine der hellsten Zeiten der Geschichte hätte sein können, immer noch auf diese furchtbare Praxis verfallen sind. Einer der schwersten Fälle kultureller Ausrottung ('cultural extermination') traf vor 55 Jahren die Deutschen ... Ethnische Säuberung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gleichgültig, wer sie an wem verübt. Ich unterstütze die Aufgabe des Instituts für deutsch-amerikanische Beziehungen, die Öffentlichkeit über die Tragödie der Entwurzelung ('displacement') von 15 bis 17 Millionen unschuldigen deutschen Frauen und Kindern aufzuklären. Diese unschuldigen Seelen wurden Opfer der schlimmsten Zeit ethnischer Säuberung in der ganzen Weltgeschichte, der 'ethnischen Säuberung 1944-1950' "

Eine sehr überzeugende und zitierenswerte Aussage im Hinblick auf die sehr aktuelle Debatte um eine Erinnerungsstätte für die Vertreibung und ihre in allererster Linie deutschen Opfer. Eine Erinnerungsstätte, die nach dem Willen fanatischer Prediger eines 'Kultes um die Schuld' auf keinen Fall in Berlin oder anderswo in Deutschland errichtet werden soll, weil sie sonst 'zur Aufrechnung mißbraucht werden' könnte: Verbrechen an Deutschen sollen eben generell totgeschwiegen werden!

An anderer Stelle dokumentiert der Verfasser, mit welcher Selbstverständlichkeit um angeblich 'höherer Ziele willen' - die alle nur der Durchsetzung

und Verfestigung des 'Kultes um die Schuld dienen - geschichtliche Fakten verfälscht oder totgeschwiegen werden müssen (Zitat):

"Am 12. Mai 1993 berichtete der russische Fernsehregisseur Sinelnikow in Freiburg anlässlich seiner Deutschlandreise über seine Gespräche mit Richard von Weizsäcker, Marion Gräfin Dönhoff und Egon Bahr. Man sprach unter anderem über die Vorgeschichte des Deutsch-Russischen Krieges, über Stalins Vorbereitungen für einen Erstschlag und die Präventivkriegstheorie des russischen Autors Suworow. Man habe ihm - Sinelnikow - zu verstehen gegeben: Selbst wenn Suworow recht hätte und Hitler Stalin nur um Wochen zuvorgekommen wäre, dies nicht gesagt werden dürfe, weil damit Hitler ja entlastet würde. - Umgekehrt kann dies auch bedeuten: Stalin muß um jeden Preis entlastet werden - selbst um den Preis der historischen Wahrheit."

Ein sehr lesenswertes und zugleich alle Generationen angehendes und ihnen Hilfe bietendes Buch: den Älteren zum Begreifen und zur Einordnung erlittener Erfahrungen, den Jüngeren zum Verständnis, wie unsere 'freiheitliche Demokratie' manipuliert und 'gelenkt' wird – und den Jungen zur Mahnung und Warnung, sich vielfältiger Manipulation und Gleichschaltung zu widersetzen.

Aber was hat ein solches Buch mit 'Kirche' zu tun? mögen Sie fragen. Gerade deshalb sehr viel, weil 'Kirche' - im großen durch ihre Sprecher, ihre Zeitungen und sonstige Multiplikatoren und im Kleinen durch ihre Verkündigung in Ortsgemeinden, Jugendgruppen usw. zu denen gehört, die an diesem 'Kult mit der Schuld' vielfältig mitgewirkt haben und ihn weiter aktiv pflegen: Von einem 'Darmstädter Wort' über die 'Ost-Denkschrift der EKD' bis hin zu vielfältigen heutigen Schuldbekennnissen, in denen sich immer häufiger eine Angst vor einer möglichen 'Aufrechnung' gegenüber inzwischen nicht mehr so vollständig zu verdrängenden Verbrechen an Deutschen manifestiert. Verbrechen an Deutschen, um deren öffentliche Wahrnehmung sich Vertreter der 'offiziellen Kirche' aus dieser Angst und aus widersinnigen pseudotheologischen Betrachtungen heraus erfolgreich gedrückt haben.

Klaus Thimm

Da ist keiner, der gerecht ist, auch nicht einer!" Römer 3,10

„Wenn wir sagen, wir haben keine Sünde, so betrügen wir uns selbst, und die Wahrheit ist nicht in uns. Wenn wir aber unsre Sünden bekennen, so ist ER treu und gerecht, daß ER uns die Sünden vergibt und reinigt uns von aller Ungerechtigkeit.“ 1. Johannes 1,8f.

Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Renten der früheren DDR-Funktionäre vom 7. Juli 2004

Wir, die ehemaligen Widerstandskämpfer und Opfer der kommunistischen SBZ/DDR -Diktatur, haben mit tiefer Betroffenheit das Urteil des BVG vom 7. Juli 2004 zur Kenntnis nehmen müssen. Ein großer Teil derer, die mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und oft unter Einsatz ihres Lebens für die Werte der Demokratie und des Rechtsstaates litten, müssen heute von der Sozialhilfe leben. Sie fristen, da ihnen in der DDR gesellschaftlicher und beruflicher Aufstieg verweigert war, ein Leben mit niedrigsten Einkünften und beziehen im Alter Kleinstrenten... Wenn das Karlsruhe Urteil in spätestens einem Jahr umgesetzt sein wird, ist davon auszugehen, daß nicht nur die obersten Funktionäre des DDR-Staatsapparates und der NVA mit fürstlichen Pensionen ausgestattet werden. Nein, auch die Leiter der Zuchthäuser und Straflager, in denen wir litten, werden mit Altersbezügen versorgt sein, von denen sie in der DDR nicht zu träumen wagten. Die Richter und Staatsanwälte, die uns anklagten und verurteilten, sowie ihre Handlanger bei der Volkspolizei und im Strafvollzug und in den DDR-Organisationen wurden vom BVG ebenso beschenkt wie die früheren DDR Minister und Staatssekretäre. Sie alle konnten ihre Positionen nur durch ihre - auch öffentlich bekundete - kommunistische Gesinnung und Unterwürfigkeit unter die herrschende Ideologie erwerben. Aufgrund der systembedingten Diskriminierung im Berufsleben könnten viele der früheren Opfer nur mit einer solchen Zusatzrente ein Alter in äußerer Würde führen. Schon bisher war es ein schreiendes Unrecht, daß die Mehrheit des Deutschen Bundestages alle Gesetzesentwürfe für eine Ehrenpension ablehnte. Wenn nun aber die obersten Funktionäre des DDR-Unrechtsstaates mit Bezügen versorgt werden, als hätten sie im Dienste der Bundesrepublik gestanden, gleicht diese Ungerechtigkeit einer offenen Verhöhnung aller SBZ/DDR Opfer. Sie empfinden es wie eine erneute Verfolgungsmaßnahme.

- Wir erwarten von Ihnen, den gewählten Repräsentanten unseres Volkes, daß Sie endlich dafür sorgen, daß die Opfer von SED und SBZ/DDR die ihnen zustehenden Ehrenpensionen erhalten.

- Wir bitten Sie, auch in Erinnerung der mahnenden Worte des Bundespräsidenten anlässlich der Gedenkfeier zum 50. Jahrestages des DDR-Volksaufstandes, dadurch ein politisches Zeichen zu setzen, daß die Ehrenpension noch vor der Erhöhung der Renten der DDR-Funktionäre eingeführt wird. Bei der Opferpension muß sowohl die Haftzeit wie auch die Unmöglichkeit einer angemessenen beruflichen Entwicklung der Opfer unter den DDR-Verhältnissen berücksichtigt werden.

- Auch erwarten wir einen gesetzlichen Weg, der die Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden erleichtert und eine den wirklichen Leiden entsprechende Aufstockung der Haftentschädigung.

Der Vorstand der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), i.A. Rainer Wagner / Vorstand

Herzliche Einladung!

Studientagung der Ev. Notgemeinschaft in Deutschland
in Bad Wildbad/Schwarzwald
vom 24.-26. September 2004 über das Thema

Medizinische Ethik und Gesundheitswesen

4 Vorträge zu den Themen:

- Gentechnologie - darf der Mensch alles, was er kann?**
- Abtreibung - wer schützt die Schwächsten in unserem Staat?**
- Euthanasie - wer kontrolliert das „Sterben auf Verlangen“?**
- Gesundheitsreform - wohin geht unsere Republik?**

Referenten:

Dr. theol. Jürgen-Burkhard Klautke

Dozent für Ethik an der Akademie für Reformatorische Theologie Marburg.
Stellvertretender Vorsitzender der Ev. Notgemeinschaft in Deutschland

Dr. theol. Lothar Gassmann

Weltanschauungsbeauftragter der Arbeitsgemeinschaft für Religiöse Fragen
Vorstandsmitglied der Ev. Notgemeinschaft und des Walter-Künneht-Instituts

Tagungsort, Anmeldung, Zimmerreservierung bitte direkt bei:

**Hotel Sonnenbring,
Olgastr. 65, D-75323 Bad Wildbad/Schwarzwald,
Tel. 07081-2529, Fax 07081-3124**

Weitere Hinweise:

Die Tagung beginnt am Freitag, den 24.9.2004, um 18 Uhr mit dem gemeinsamen Abendessen. Sie endet am Sonntag, den 26.9.2004, nach gemeinsamem Gottesdienst und Mittagessen.
Änderungen vorbehalten.

Weitere Veranstaltungen im Hotel Sonnenbring, Bad Wildbad

(nähere Informationen und Anmeldung wie oben):

10.-11. September 2004: Dr. Lothar Gassmann zu den Themen:
**Leid überwinden / Segen der Vergebung / Ehescheidung und
Wiederheirat**

1.-3. Oktober 2004: Prof. Dr. Reinhard Thomas zum Thema:
Chancen und Gefahren des Internet

10.-11. Dez. 2004: Pastor Fouad Adel (Hilfsaktion Märtyrerkirche):
Koran und Islam / Die Islamisierung Deutschlands und Europas

In eigener Sache:

Wichtiger Hinweis an unsere Freunde und Leser – bitte besonders beachten

Betrifft: Mehrfachbezieher, Nachbestellungen und Spendenbescheinigungen

Liebe Leserinnen und Leser,

alle bisherigen **Mehrfachbezieher** erhalten diesmal nur *ein* Exemplar dieser Ausgabe. Der Grund: Es ist für uns weniger aufwendig, wenn die Empfänger *direkt über die Druckerei und Postversandstelle beliefert* werden. Aus diesem Grund bitten wir Sie, uns die Adressen solcher Personen mitzuteilen, die an ERNEUERUNG UND ABWEHR interessiert sind. (Wer dennoch auch in Zukunft mehrere Exemplare *direkt* zu erhalten wünscht, sende dem Schriftleiter bitte eine kurze Mitteilung.)

Auch **Nachbestellungen** können *nur noch in Ausnahmefällen* ausgeführt werden. Bitte teilen Sie uns auch hier stattdessen die Adressen von Interessenten mit, die dann die folgenden Nummern kostenlos erhalten. Der Versand erfolgt dann über die Druckerei und Postversandstelle und nicht über die Schriftleitung.

Wegen aller finanziellen Fragen, insbesondere **Spendenbescheinigungen**, wenden Sie sich bitte direkt an unseren *Schatzmeister*, Herrn Bankdirektor a.D. Walter Spieß (Adresse siehe Rückseite).

Danke für Ihr Verständnis und alle Mithilfe!

Folgende Personen sind an ERNEUERUNG UND ABWEHR interessiert:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Bitte alle Adressen an den Schriftleiter senden (Anschrift siehe Rückseite).

Evangelische Notgemeinschaft
Am Waldsaum 39
D-75175 Pforzheim

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
E 3644

Anschriften der Verfasser:

Chefredakteur Helmut Matthies, Idea, Postfach 1820, 35528 Wetzlar
Dr. Hans Thomas (Zuschriften bitte über Ev. Notgemeinschaft)
Pred. Rainer Wagner, Von-der-Tann-Str. 11, 67433 Neustadt/Weinstr.
Walter Rominger, Mehlbaumstr. 148, 72458 Albstadt
Doz. Dr. theol. Jürgen-Burkhard Klautke, Dreihäuserplatz 1, 35633 Lahnau
Schuzh e.V., Buchwaldstr. 16, 63303 Dreieich
Dr. Klaus Thimm, Röttgener Str. 114, 53127 Bonn

Herausgeber: Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Vorsitzender des Vorstandes: Ulrich Motte, Wiltrudenstr. 2, 80805 München
Stellvertr. Vorsitzender: Dr. theol. Jürgen-Burkhard Klautke, Dreihäuserplatz 1, 35633 Lahnau

Schriftleitung und Satz: **Dr. theol. Lothar Gassmann**, Am Waldsaum 39, D-75175 Pforzheim, Tel. 07231-66529, Fax 07231-42 44 067, Email: logass1@t-online.de
Redaktionelle Beiträge bitte an den Schriftleiter senden. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten besteht keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Kürzung oder anderweitige Bearbeitung vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die des Herausgebers oder Schriftleiters.
Neubestellungen, Abbestellungen, Adreßänderungen: bitte an den Schriftleiter

Schatzmeister: **Bankdirektor a.D. Walter Spieß**, Pallenbergstr. 18, D-40474 Düsseldorf, Tel./Fax 0211-4370816

Anfragen wegen Spendenbescheinigungen, Rechnungen u.ä.: bitte an den Schatzmeister

„Auf den PUNKT gebracht“ – Informationen aus Kirche und Welt:

zusammengestellt aus dem Info-Dienst „Auf den PUNKT gebracht“ des Biblischen Arbeitskreises Kassel, Waldecker Str. 10, 34128 Kassel

Sie finden unsere Zeitschrift auch im Internet unter: www.evangelische-notgemeinschaft.de

Bitte beachten: Alle Kosten für die Herstellung und Zustellung dieser Ausgabe müssen durch **Spenden** beglichen werden. Danke, wenn Sie uns helfen! Diesem Heft liegt ein Überweisungsformular bei.

Konto: Volksbank Region Leonberg, BLZ 603 903 00, Konto-Nr. 82 122 040

Druck: **Karl Elser Druck GmbH, Mühlacker**

Kirche muß Kirche bleiben